

# DEUTSCHE POLIZEI

OKTOBER 2015 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



POLIZEI

*Asylsuchende:*

*Einsatzkräfte im Dauerstress*

REFLEX

by

REFLECTS

# Exklusive Uhren für sie und ihn

## REFLEX- CHRONO

Hochwertiges Metallgehäuse in glänzendem Rose Gold oder SILVER.  
Markenuhrwerk (VD54) mit Chronograph 1/10 Sek.

ROSE GOLD	257010	
 69,95 €	89,95 €	
SILVER	257110	
 59,95 €	79,95 €	



## REFLEX MEDIUM / COMPLETE / BASIC

Hochwertiges Metallgehäuse in glänzendem Rose Gold oder SILVER.  
3-Zeiger-Markenuhrwerk (PC21S).

ROSE GOLD	MEDIUM	257210	SILVER	MEDIUM	257210
ROSE GOLD	COMPLETE	257310	SILVER	COMPLETE	257310
ROSE GOLD	BASIC	257410	SILVER	BASIC	257410
 49,95 €		69,95 €	 39,95 €		49,95 €

MEDIUM



COMPLETE



BASIC

Jedes Modell mit Sunray-Ziffernblatt, Metallarmband, Edelstahlgehäuseboden-/schließe und Krone. Hochwertigem Mineralglas. 5ATM Spitzwassergeschützt. Gehäusedurchmesser: ca. 3,8 cm, Bandbreite ca. 1,8 cm, Gewicht ca. 110 g.

**2 Jahre Garantie – nicht auf Armband, Glas, Batterie und Verschleißteile.**

**Lieferung nur solange der Vorrat reicht.**

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165  
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de) oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.

## EIGENSICHERUNG



Foto: Julian Stratenschulte/dpa

... Zweifellos wird es auch künftig immer wieder zu Unfällen kommen, an denen Polizeifahrzeuge beteiligt sind. Doch Teamarbeit im Auto, vor allem durch einen den Fahrer unterstützenden Beifahrer, kann die Fahrt deutlich sicherer machen ...

**Seite 12**

## VERANSTALTUNG



Foto: Zienisko

„Willkommen zum Staatsbesuch“, hieß es Ende August in der Bundeshauptstadt. Das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien, das Bundespresamt öffneten die Pforten – auch das Haus der Bundespressekonferenz – dort erstmalig mit dabei die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI.

**Seite 26**

## GESUNDHEIT



Foto: picture alliance/dpa

„Stalking ist ein Massenphänomen, Sie können morgen neben jemandem beim Bäcker stehen und diese Person wird Sie für den Rest Ihres Lebens verfolgen.“

**Seite 38**

**2 KOMMENTAR** Cannabis ist eine gefährliche Droge

**3 FORUM**

**4 TITEL/FLÜCHTLINGE** Asylsuchende: Einsatzkräfte im Dauerstress

**12 EIGENSICHERUNG** „Sicher ankommen“



**16 SOZIALES** Das Betreuungsgeld-Chaos

**17 AKTION** Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2015/2016 startet!

**18 MEDIEN** Kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden: Treffen von GdP-Vertretern mit Journalisten

**18 Bücher**

**19 REISE** Outdoor: Mit der GdP Israel „ganz anders“ entdecken

**20 GESUNDHEIT** GdP-Kommission „Arbeitsschutz“ tagt in Berlin

**21 PARLAMENTARISCHER ABEND** Wenn jede Faser deines Körpers schreit, „renn weg!“

**25 DVD-TIPP** „Bei der Polizei“ – Sachgeschichten für die Kleinsten

**26 VERANSTALTUNG** Von Beute(l)zügen und witzigen Handfesseln

**28 VERKEHR** Kennzeichen für Probe-, Prüfungs- und Überführungsfahrten

**33 INTERNATIONALES**

**35/37 SENIOREN**

**38 GESUNDHEIT** Stalking geht uns alle an!

**40 BÜCHER/IMPRESSUM**



## Cannabis ist eine gefährliche Droge

Die Debatte um eine Legalisierung von Cannabis in Deutschland nimmt seit Monaten an Intensität zu. Zunehmend mehr Politiker sprechen sich für eine Freigabe von Haschisch aus. Für eine Entkriminalisierung von

heitsproblemen und sozialen Konflikten führen, weil heute häufiger deutlich höhere Wirkstoffgehalte vorliegen.

Unsere Position wird von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt. 61 Prozent der Bundesbürger sind nach einer jüngst veröffentlichten Forsa-Umfrage für das Magazin „Stern“ der Ansicht, dass Verkauf und Konsum von Haschisch – wie bislang – verboten sein sollten. Auch die Haltung der Bundesregierung stimmt uns zuversichtlich. Die Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler verwies bei der Vorstellung des Drogen- und Suchtberichts ausdrücklich darauf, dass Cannabis schon heute der Hauptgrund dafür ist, dass sich Jugendliche in Suchttherapieeinrichtungen behandeln lassen müssten.

### Haschisch oft verharmlost

Experten zufolge stellen Cannabis-Raucher die größte Gruppe von Konsumenten illegaler Drogen dar, die sich ärztlicher Behandlungen unterziehen müssen. Es macht daher keinen Sinn, neben dem legalen, aber gefährlichen Alkohol die Tür für eine weitere gefährliche und oft verharmloste Droge zu öffnen. Das von Befürwortern häufig gebrauchte Argument, Alkoholmissbrauch wirke sich insgesamt schädlicher aus als der von Cannabis, zielt am Kernproblem problematischen Konsumverhaltens vorbei, sind wir uns als Gewerkschaft sicher.

Fest steht: Aussagen, der Konsum schadet doch nicht, sind in vielfäl-

tiger Form immer wieder zu hören. Drogenkonsum muss jedoch nicht zwangsläufig bedeuten, dass man relativ schnell in der Gosse landet und sofort die allseits bekannten abschreckenden Bilder von Drogentoten vor Augen hat. Es ist vielmehr meist ein schleichender Prozess, der durch einen oftmals besorgniserregenden Drogenmix noch eher beschleunigt wird. Deshalb ist es unseres Erachtens viel wichtiger, statt einer Legalisierungsdebatte alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine wirkungsvolle Drogenprävention auf die Beine zu stellen, vor allem in den Schulen. Denn klar ist auch, Cannabis hat neben einer möglichen Bewusstseinsveränderung auch negative Auswirkungen bei der Teilnahme am Straßenverkehr.

### GdP-Symposium mit Fachexperten

Wir als GdP wollen ein Zeichen setzen: Bei einem von unserer Gewerkschaft organisierten Drogensymposium am 7. und 8. Oktober in Berlin geht es um Rauschgiftkriminalität, gesundheitliche Aspekte, Präventionsarbeit und polizeiliche Bekämpfungsstrategien. Viele Fachleute haben sich angekündigt, darunter der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, und die Bundesdrogenbeauftragte.



Dietmar Schilff  
Stellv. GdP-Bundesvorsitzender



Foto: GdP/Hagen Immel

Anbau und Konsum plädieren inzwischen Vertreter aller politischen Parteien. Mit der rot-grünen Bremer Koalition fordert die erste Landesregierung öffentliche Verkaufsmöglichkeiten für Haschisch und mit der Berliner SPD kündigte ein Landesverband an, ihre rund 17.000 Mitglieder in diesem Herbst zu diesem nach wie vor umstrittenen Thema befragen zu wollen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) findet diese Entwicklung äußerst bedenklich. Deshalb warnen wir angesichts von immer mehr Befürwortern einer Freigabe von Cannabis vehement vor zunehmenden Legalisierungstendenzen in der Drogenpolitik hierzulande. Es muss endlich Schluss damit sein, den Joint schön zu reden! Eine Freigabe sogenannter weicher Drogen ist das absolut falsche Signal. Gerade bei Jugendlichen kann der Konsum von Cannabis zu erheblichen Gesund-



### Zu: Gesundheit, DP 9/15

Über meine Tochter, die seit zehn Jahren NRW-Polizeibeamtin und GdP-Mitglied ist, habe ich regelmäßig Gelegenheit, das Mitgliedsjournal DEUTSCHE POLIZEI zu lesen. Darin finde ich sehr viele gesellschaftsrelevante Themen, die mich auch als Schulleiter beschäftigen: Respektlosigkeiten, Grenzüberschreitungen, Eskalation von Gewalt und Präventionsmöglichkeiten. Polizeibeamte müssen oft in vorderster Linie gesellschaftliche Missstände ausbaden, die sich unter anderem sehr belastend auswirken können. Dass in dem von Charlotte Haller verfassten Beitrag für das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen lediglich acht Mitarbeiter für Kriseninterventionsteams zur Verfügung stehen (zum Vergleich: Baden-Württemberg: 118; Bayern: 300!) ist ein Skandal und unerhört. Hier sollten die politisch Verantwortlichen schnell handeln und dringend mit einer deutlichen personellen Aufstockung Abhilfe schaffen.

Welchen Nutzen haben da zukunftsweisende Seminararbeiten während der Fachhochschulausbildung, etwa zum Thema: Zwischen richtig und angemessen – Polizisten begegnen dem Tod – Das Problem „danach“ und „dabei“? Der gute und innovative Ansatz, Theorie und Praxis in solchen Arbeiten zusammenzuführen, sollte dann auch konkrete und personell spürbare und breit aufgestellte psycho-soziale Unterstützungsleistungen des Dienstherrn hervorrufen. Nur so kann den belasteten Beamtinnen und Beamten wirkungsvoll geholfen werden.

**Falko Grunau, Essen**

### Zu: Bereitschaftspolizei, DP 9/15

Die in der DP-Titelgeschichte dargestellten Einsatzbelastungen der eingesetzten Beamten kann ich aus meiner Sicht voll bestätigen, da ich selbst bei allen aufgeführten Einsätzen involviert war. Ergänzend dazu kommen noch wesentlich mehr Groß-

einsätze der NRW-Polizei wie jährlich Gorleben, Cottbus, Hoyerswerda, bei denen die Beamten bis zu 14 Tagen „nicht aus den Stiefeln“ kamen. Die unzumutbare Unterbringung in leer stehenden Fabrikhallen (Frankfurt am Main) oder in Umkleide- und Duschräumen der Firma Siemens (Brokdorf) auf dem Fußboden schlafend, sei nur beispielhaft noch erwähnt.

Meine Familie hat mich oftmals gefragt „Wie hältst Du das bloß aus?“ Im Laufe der Jahre hat sich bezüglich Ausrüstung, Unterbringung und Versorgung vieles zum Besseren geändert. Ein Überstundenabbau war in sehr vielen Fällen kaum möglich. Da ich selbst einen Überstundenberg von weit über 1.000 Stunden vor mir hergeschoben habe, konnte ich sieben Monate vor Erreichen der Pensionierung schließlich im August 2002 in den Ruhestand gehen. Meine Arbeit habe ich mit voller Zufriedenheit als Einsatzleiter für den Bereich Technik, insbesondere bei Großeinsätzen, gern gemacht.

**Franz-J. Rauch, Rheine**

### Zu: Bücher, DP 9/15

Als langjähriger Bezirksbeamter habe ich fast 15 Jahre den nördlichen Innenstadtbereich in Essen „betreut“ und kann die Ausführungen von Tania Kambouri durchaus nachvollziehen. Es ist gut und auch richtig, dass sie den Mut hat, diese unglaublichen Missstände aufzuzeigen. Es ist in der Tat so, dass die polizeiliche Arbeit nicht selten durch junge Migranten aus muslimischen Ländern in erheblichem Maße durch Respektlosigkeit, teils Gewalt und auch Beleidigungen gestört wird. Jene, die in ihrem Herkunftsland dafür sofort den Schlagstock der Polizei zu spüren bekommen und diese Antwort sicherlich auch bestens verstanden hätten, dürften die kommunikative und deeskalierende Vorgehensweise mit Erklärungen der deutschen Polizei als absolute Schwäche und Unfähigkeit sehen. „Die deutsche Polizei darf ja eh nichts machen und wird auch bei den Gerichten nichts erreichen“, teilte mir letztlich noch ein unangenehmer

Zeitgenosse mit. Selbst in den Kindergärten und den Grundschulen werden Hilferufe an die Polizei gerichtet, wobei es sich auch hier meistens immer wieder um ganz bestimmte Migrantenkinder handelt, die hier auffallen.

Leider habe ich das Gefühl, dass die Polizei mit all den Problemen, die in den nächsten Jahren sicherlich noch explosionsartig ansteigen werden, allein gelassen wird. Die Polizei leistet in meinen Augen mit immer weniger Personal beste Arbeit, die viel zu wenig gewürdigt wird. Meines Erachtens ist hauptsächlich die jahrelang verfehlte Politik, die hier betrieben wurde, Schuld an dieser Misere. Hinzu kommt noch die Justiz, die teils Urteile ausspricht, die nicht selten nur noch Verwunderung und Kopfschütteln auslösen dürfte und auch noch ein Hohn für die Opfer ist.

Jeder junge Mensch, der heute zur Polizei gehen möchte, sollte sich vorher genau erkundigen, was hier auf ihn zukommen wird. Ich habe diesen Beruf jahrzehntelang sehr geliebt, was heute leider nicht mehr der Fall ist. Für mich steht fest, dass ich spätestens nach meiner Pensionierung dieses Bundesland so schnell wie möglich verlassen werde, da es mir hier nicht mehr gefällt.

**Henning Kellner, Essen**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**



TITEL

# Asylsuchende: Einsatzkräfte im Dauerstress



Von Wolfgang Schönwald

**Deutschland im Sommer 2015. Flüchtlinge kommen täglich nach „Germany“. Woche für Woche treffen mehr Männer, Frauen und Kinder in den grenznahen Orten ein. Bei der Polizei herrscht vielerorts Ausnahmezustand, heißt es intern. Zehntausende Asylsuchende müssen erfasst, befragt und verteilt werden. In den sogenannten Bearbeitungsstraßen sind die Kolleginnen und Kollegen seit Wochen restlos überfordert, schrubben Überstunden ohne Ende und versuchen unter schwierigen Arbeitsbedingungen täglich ihr Bestes zu geben. „Das Limit ist lange überschritten. Die tägliche Konfrontation mit den erschöpften Menschen aus vielen Ländern ist belastend – körperlich und emotional. Der bei Politik und Verwaltung beliebte Personal-Verschiebeparkplatz funktioniert nicht mehr. Jetzt rächt sich, dass die Polizei hierzulande über viele Jahre hinweg einfach kaputtgespart worden ist“, so kann zusammenfassend die Stimmungslage umschrieben werden. Die Beamtinnen und Beamten der Länder und der Bundespolizei sind zudem pausenlos im Einsatz, um beispielsweise Flüchtlingsunterkünfte vor rechten Aufmärschen zu schützen, Konflikte und gewalttätige Auseinandersetzungen in den Gebäuden und Zeltlagern selbst zu unterbinden. Und dann gibt es da noch den gesellschaftlichen Ermittlungsdruck angesichts skrupelloser Schleuser und zahlreicher Brände in bereits hergerichteten Flüchtlingsheimen.**

**P**olizistinnen und Polizisten treffen in den sogenannten Erstaufnahmestellen rund um die Uhr auf Menschen, die zum großen Teil durch Kriege traumatisiert sind, religiös geprägt aus anderen Kulturen stammen, in ihren

Heimatländern sehr unterschiedliche Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben. Volle Flure, volle Hallen mit Wartenden, erschöpft von teils monatelangen Strapazen. Die Luft steht. Formulare müssen ausgefüllt werden. Verständigungsprobleme mit den

Asylsuchenden treten auf. Antworten kommen mancherorts in bis zu 40 Sprachen, Dolmetscher werden händeringend gebraucht. Und immer gilt es, Ruhe zu bewahren.

Die Bundespolizei ist angesichts des anhaltenden Flüchtlingsstroms einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt. Doch schon jetzt ist die Behörde, so ist bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu hören, kaum mehr in der Lage, die ihr gesetzlich zugewiesenen Aufgaben zu erledigen. Allein an der deutsch-österreichischen Grenze fehlen ihr 800 Stellen. „Aus ganz Deutschland werden Bundespolizisten abgezogen, um in Bayern zu unterstützen und die dortigen Lücken zu schließen. Das heißt aber auch, dass andernorts das Personal fehlt und wir dort unsere Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können“, konstatiert der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek, zuständig auch für die Bundespolizei. Deshalb fordert er seit Längerem, zusätzliche Planstellen für die österreichische Grenze bereitzustellen. Zuletzt hatte das Bundeskabinett die dramatische Situation ignoriert und noch im Juni zusätzliche Stellen in seinem Gesetzentwurf abgelehnt. Auch die Arbeitsbedingungen vor Ort werden als teilweise unzumutbar beschrieben. Fehlende Geräte, Kraftfahrzeuge, Räume und zu geringe Internetgeschwin-



**Viele Asylsuchende sind mit ihren Kräften am Ende, wenn Sie Deutschland erreichen. Auch die Polizei gerät zunehmend an ihre Belastungsgrenzen unter dem Druck des anhaltenden Flüchtlingsstroms. Foto: Sven Hoppe/dpa**





**Willkommenshinweise für Asylsuchende in einer saarländischen Gemeinde.**

Foto: Becker&Bredel/dpa

digkeit behindern die Bearbeitung der Anträge erheblich.

Nachdem die Lage der Flüchtlingsaufnahme über die Italien- und Balkanroute nach Deutschland in den vergangenen Monaten stetig eskalierte, machte sich im August Bundesinnenminister Thomas de Maizière vor Ort persönlich ein Bild. Dabei erfuhr er im bayerischen Deggendorf, dass der Andrang mittlerweile viel größer als geplant ist. 250 Flüchtlinge täglich, das sei zu schaffen, hieß es. Tatsächlich waren es damals bereits doppelt so viele und die Zahl der Ankommenden stieg seitdem weiter. Die GdP hatte in einem Brief an den Minister zuvor bereits von einer „völligen Überlastung“ der Beamtinnen und Beamten gesprochen. Um die Situation kurzfristig zu entschärfen, wurde vorgeschlagen, befristet Vollzugsbeamte des Zolls zur Unterstützung der Bundespolizei einzusetzen.

Die Bundespolizisten registrieren die Personalien der Betroffenen, nehmen Fingerabdrücke und gleichen die Daten ab. Liegt nichts gegen die Betroffenen vor, werden sie weiter geleitet in eine Erstaufnahmeeinrichtung – indes nur, wenn es gerade freie

**Ein Warnhinweis vor betrügerischen Wohnungsangeboten in drei Sprachen vor der Registrierungsstelle in Berlin.**

Foto: Rembert Stolzenfeld

Plätze gibt. Zu dem organisatorischen Aufwand kommt die psychische Belastung, also die Konfrontation mit den Geschichten der Ankommenden und ihrem Elend.

Im Vorfeld hieß es unmissverständlich: „Wir erwarten von de Maizière,

rungen des Bundespolizeipräsidiums zur Einrichtung weiterer Planstellen für den Haushalt 2016 nicht mitträgt, wird das System Bundespolizei unter dem derzeitigen Arbeitsdruck kollabieren.“

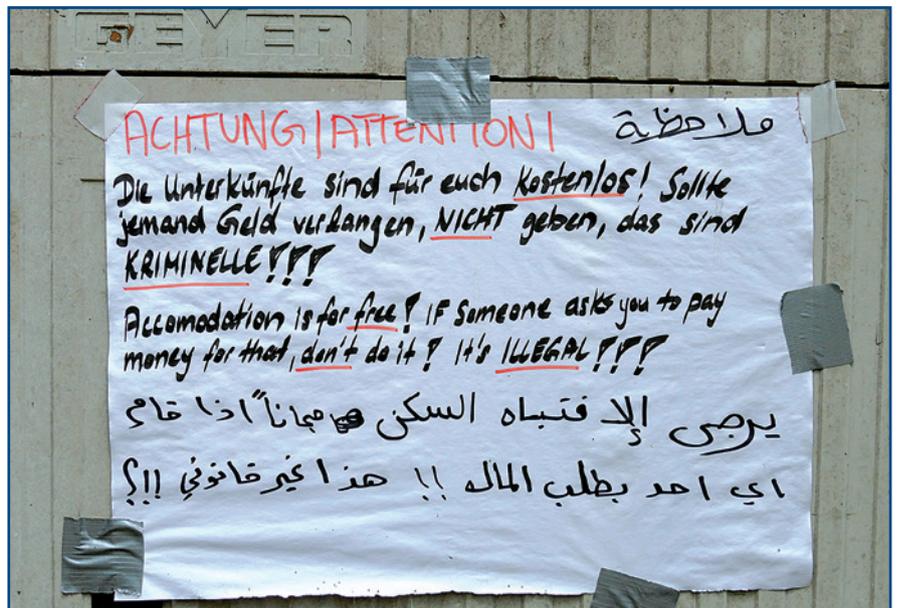
Übrigens war es das erste Mal, dass der Minister den Bundespolizeistandort besuchte, neben Deggendorf gibt es noch Passau, Rosenheim und Freyung. Vor sieben Jahren hat die bayerische Landespolizei den Grenzschutz an die Bundespolizei abgetreten. „Und wir haben diese Aufgabe ohne Stellen übernommen“, kritisiert Radek und fügt hinzu, „die Flüchtlingszahlen verschärfen das Problem noch. Außerdem müssen wir die Daten weiterleiten. Und da reicht die vorhandene Technik nicht aus. Wir brauchen deshalb für eine schnelle Hilfe eine Investition von mindestens 49 Millionen Euro – wird es grundsätzlich angegangen, sind es über 400 Millionen Euro.“ De Maizières Botschaft klang erstmal hoffnungsvoll: „Wir bekommen das hin.“ Bis Herbst sollen zunächst 100 zusätzliche Bundespolizisten nach Bayern kommen, um bei der Registrierung von Migranten zu helfen.

Wie äußerst angespannt die Lage ist, zeigt eine Momentaufnahme Anfang September in Rosenheim. An dem Grenzbahnhof lassen Bundespolizisten vollbesetzte Züge unkontrolliert weiterfahren. Eine neue, eigentlich unhaltbare Situation. Aber die Beamtinnen und Beamten sind mit der Versorgung und Registrierung der Asylbewerber vollständig ausgelastet. Es gibt keine Aufnahmekapazitäten

## GdP dankt Polizistinnen und Polizisten für engagierten Einsatz

Es sei höchste Zeit, den unermüdlichen Einsatz der Polizistinnen und Polizisten bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms entsprechend anzuerkennen und wertzuschätzen, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek. Deshalb sage ich im Namen der Gewerkschaft der Polizei stellvertretend Danke an unsere Kolleginnen und Kollegen, die seit Wochen klaglos Höchstleistungen vollbringen, obwohl ihnen allen klar ist, dass noch lange kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist.“

dass er nicht mit leeren Händen zu unseren Kollegen kommt, dazu ist die Lage zu ernst. Wenn er die Forde-



mehr. In der Turnhalle der Bundespolizei Rosenheim warten schon hunderte illegal Eingereiste. Bei diesen Menschen müssen erstmal die Daten erfasst werden, bevor sie zur Erstaufnahmestelle in München weiterreisen können. Am Hauptbahnhof der bayerischen Landeshauptstadt gab es durchaus Tage, an denen sich rund 3.000 Flüchtlinge bei der Bundespolizei gemeldet hatten.

Die beschriebenen Missstände bei der Bundespolizei sind ganz ähnlich bei den Polizeien der Länder zu finden. Der großes Medieninteresse erzeugende offene Brief eines niederbayerischen Polizeibeamten bringt es auf den Punkt. Die Bayerische Staatsregierung verschließt die Augen und hört die Hilferufe der völlig überforderten Behörden nicht, wird darin scharf kritisiert. Zusätzliches Personal für die Erstaufnahmeeinrichtungen, die Regierungen und die mit der Flüchtlingswelle befassten Dienststellen der Polizei wurde bislang abgelehnt. Jetzt sollen sogar Pensionisten stundenweise die EDV-Erfassung bei der Erstaufnahme von Asylsuchenden unterstützen. „Jedoch: Tarifbeschäftigte können helfen“, so die klare Positionierung.

„Es gibt Tätigkeiten, die nicht zwingend nur von Beamtinnen und Beamten ausgeführt werden müssen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Tarifbereich würden den Vollzug immens entlasten“, so der bayerische GdP-Vorsitzende Peter Schall. Wür-



**Jeder Asylsuchende hat ein Schicksal, nach der Erstregistrierung durch die Bundespolizei ist es auch ein Vorgang.**

**Foto: Marius Becker/dpa**



de das Bayerische Finanzministerium neue Stellen frei geben, könnten relativ zeitnah Tarifbeschäftigte in Voll- oder auch in Teilzeit gerade für die notwendigen Erfassungs- und Schreibarbeiten eingestellt werden.

Die personelle Konzentration auf die Flüchtlinge hat gravierende Auswirkungen auf viele Polizeibereiche. So gibt dem Brief des Polizeibeamten zufolge die jeweilige Anzahl von Asylsuchenden den Dienst- und Arbeitsablauf vor. „Motivierte Polizistinnen und Polizisten werden in der Mühle von ‚Abarbeitungsstraßen‘ zur Erstaufnahme von Asylbewerbern als Fließbandarbeiter oft verschlissen. Leid, Elend, Wut, Ärger, Erschöpfung, alle

**Akten über Akten in einer Erstaufnahmestelle.**

**Foto: Bernd Thissen/dpa**

diese Erlebnisse sollten auch irgendwann verarbeitet werden – nur wann?“ Transporte von Asylsuchenden, insbesondere Familien mit Kindern, seien im Dauerbetrieb durchzuführen. Hitze, Enge, Krankheit oder Verletzungen müssten einfach ertragen werden. Für sonstige polizeiliche Aufgaben bleibe nur wenig oder gar kein Platz übrig. Die sonstige Kriminalitätsbekämpfung auf den Autobahnen komme fast komplett zum Erliegen.

„Für G7 wurden über drei Jahre lang stabsmäßige Plan- und Vorbereitungsarbeiten gemacht und bei einer erkennbaren Flüchtlingsproblematik bricht das Chaos aus? Es kann nicht genügen, sich gegenseitig auf die Schulter zu klopfen und zu erklären, wir packen das schon. Für die Beschäftigten der Polizei, die hier im Zustrom der Flüchtlinge untergehen, sind diese Umstände untragbar“, so





**Die Einsatzkräfte haben es aufgrund der hohen Zahlen der hierzulande Ankommenden immer schwerer, den Überblick zu behalten.**

**Foto: Herbert P. Oczeret/dpa**

der Appell des Polizeibeamten. „Die in den Aufnahmestellen eingesetzten Beamtinnen und Beamten benötigen psychosoziale Betreuung, Gesundheitsvorsorge und ständige ärztliche Begleitung sowie Dokumentationen ihrer Einsätze.“

GdP-Landeschef Schall erkennt als hoffnungsvolles Zeichen mehr Realitätswahrnehmungen der Politik. So habe Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer in einem Interview erstmals die Dramatik zugegeben, als er davon sprach, dass „uns die Situation noch Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte beschäftigen wird“. Beinahe täglich entstünden neue Flüchtlingsunterkünfte. Auch dies seien zusätzliche Aufgaben für die Kolleginnen und Kollegen. „Kommt dann noch beispielsweise eine versuchte Brandstiftung dazu, kommen sie kaum noch zur normalen Arbeit.“

Auch die häufig fehlende Unterstützung durch Kräfte der Bereitschaftspolizei macht sich in Bayern bemerkbar. Immer öfter müssten nach GdP-Informationen „unsere Einsätze der Landespolizei zusammengesammelt werden, manchmal auch noch zusätzliche Leute von den Re-



**Ein einsamer Wasserspender in einer Berliner Sammelstelle für Asylsuchende.**

**Foto: Rembert Stolzenfeld**





**Die Erstregistrierung ist oft ein zeitraubendes Verfahren unter schwierigsten Bedingungen.**  
Foto: Peter Kneffel/dpa

vieren, um Einsätze zu bewältigen, die früher standardmäßig durch die Bereitschaftspolizei als Unterstützungseinsatz abgewickelt wurden, so bei Volksfesten, Fußballspielen und Schwerpunktkontrollen im Verkehr oder zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche“.

So wie in Bayern herrscht auch in anderen Bundesländern bekanntlich Personalnot. Wie akut die Situation bei den Landespolizeien sein muss, ist wohl dem ganzen Land im sächsischen Heidenau bewusst geworden.

Nach den schweren Krawallen rechter Gewalttäter an einem dort neu eingerichteten Flüchtlingsheim in einem ehemaligen Baumarkt setzte ein politischer Aufschrei ein. „Es ist zwar gut, zu hören, dass die Angriffe auf meine Kolleginnen und Kollegen parteiübergreifend scharf verurteilt werden, jedoch sollen solche markigen Politiker-Sprüche über das eigene Versagen bei Entscheidungen über die personelle und materielle Ausstattung der Polizei hinwegtäuschen“, mahnte der GdP-Vize danach. Dutzende von rechtsextremen Straftätern verletzte



**Gewalttätiger Anti-Flüchtlings-Protest entzündet sich im sächsischen Heidenau. Die Polizei bekommt erst spät notwendige Unterstützung, viele Einsatzkräfte werden verletzt.**

Foto: Arno Burgi/dpa

### „Durchwinken ist ein gravierendes Sicherheitsproblem“

Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière Mitte September die Einführung von vorübergehenden Grenzkontrollen mitgeteilt hatte, reagierte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) prompt. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek bezeichnete die Sofortmaßnahmen an den Grenzen „nur als ein Ziehen an der Reißleine der inneren Sicherheit“ unter Ausschöpfung aller verfassungsrechtlich möglichen Instrumentarien. „Das verschafft allen Beteiligten bei Bund, Ländern und Kommunen vielleicht die dringend benötigte Atempause, um wieder – oder besser: überhaupt erstmals – zu einem geordneten und handhabbaren Verfahren bei der Aufnahme, Registrierung, Bescheidung und Verteilung von Flüchtlingen zu kommen. Das gegenwärtige Durchwinken ist auch ein gravierendes Sicherheitsproblem, weil wir gar nicht mehr feststellen können, wer da überhaupt ins Land kommt.“

Als Folge wurde die Bundesbereitschaftspolizei per „Polizeialarm“ unverzüglich an die deutsch-österreichische Grenze beordert. „Man kann nicht wegen nationaler Vorteile in der EU sein wollen, aber bei gemeinsamen Sicherheitsfragen meinen, das seien nur deutsche Probleme“, sagte Radek. Nach Auffassung der GdP muss es zur Beherrschung der Grenzlage aber auch darum gehen, nicht in ein eigenes Sicherheitschaos zu verfallen. „Wenn die Bundespolizei für die Grenzlage jetzt alles alarmiert, was noch einsatzfähig ist, so wissen wir, dass auch das nur einige Zeit aufrechterhalten werden kann. Die Vernachlässigung der inneren Sicherheit durch die Bundesregierung muss jetzt schnellstmöglich dauerhaft ausgegült werden.“

red





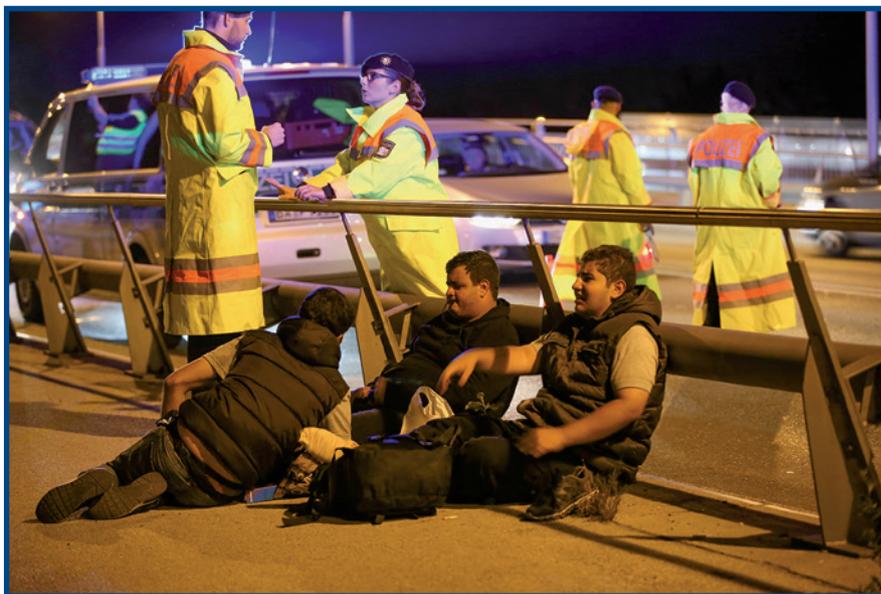
**Angesichts des anhaltenden Flüchtlingsstroms fährt Deutschland die Grenzkontrollen wieder hoch. Ziel sind dabei vor allem Schleuser und islamistische Terroristen.**

**Foto: Franz Neumayr/dpa**

Polizisten belegten, dass zu wenige und auch noch schlecht ausgerüstete Einsatzkräfte Recht und Ordnung, so wie die Politik es will, nicht mehr ausreichend durchsetzen könnten. Es sei ein Skandal, wenn fast jeder Vierte der eingesetzten mehr als 130 Polizisten bei der Randal eines aufgebrachten Mobs anschließend habe verletzt behandelt werden müssen.

Der GdP-Vize sagte: „Fakt ist, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis sich die jahrelange Ignoranz der politisch Verantwortlichen rächen wird. Meine Kolleginnen und Kollegen werden nur noch vor die Löcher geschoben. Ihre alltägliche Arbeit wie die Ermittlung und Aufklärung von Wohnungseinbrüchen, Fahrrad- oder Taschendiebstählen bleibt immer mehr auf der Strecke.“ Die in den vergangenen 15 Jahren bundesweit aus Kostengründen wegrationalisierten rund 16.000 Polizistinnen und Polizisten fehlten jetzt an allen Ecken und Kanten. Radek: „Diese gravierende Personallücke kann nicht mit bloßen Wahlkampfversprechen und dem Hilferuf an pensionierte Beamte geschlossen werden. Es wird Jahre dauern und vor allem politischen Willen benötigen, die Polizei wieder angemessen aufzustellen.“

Nur eine Woche später geriet Sachsens Polizei in totalen Notstand. Dresdens Polizeiverantwortliche suchten angesichts erneut befürchteter Auseinandersetzungen händeringend Einsatzkräfte. Als klar wurde, es reicht nicht, wurden alle Veranstaltungen



**Erschöpfung, Verzweiflung – nach einem langen, teils gefährlichen Weg aus dem Krieg nach Europa.**

**Foto: Franz Neumayr/dpa**

in Heidenau vom zuständigen Landratsamt verboten – sowohl rechte Aufmärsche als auch ein Willkommensfest für die Flüchtlinge. Polizeinotstand, der Begriff, der alarmierte. Eilige Telefonate bis nach Berlin folgten. Nach vielen personellen Absagen in anderen Ländern konnte die verantwortliche Polizeibehörde schließlich mitteilen, dass „unsere letzten Möglichkeiten“ aktiviert wurden. Gerade noch rechtzeitig, da ein Gericht letztlich die Verbote von Heidenau als rechtswidrig aufgehoben hatte.

Als Offenbarungseid für den Rechtsstaat hatte zuvor Jörg Radek die Absage aller Veranstaltungen bezeichnet. Das Statement der Gewerkschaft der Polizei – „diese Botschaft ist verheerend. Es ist ein Kniefall vor dem Mob in Heidenau“ – löste ein großes Medieninteresse aus. Ein Interviewmarathon in Fernsehstudios, mit Hörfunksendern und Zeitungsredakteuren war die Folge.

Die mit einem sogenannten polizeilichen Notstand begründete Absage sei nicht nur ein falsches politisches Signal, sondern auch für alle Unterstützer der Flüchtlinge in Deutschland, die sich der dumpfen Stimmungsmache rechter Gewalttäter entgegenstellten, ein Schlag ins Gesicht, so die deutlichen Worte des GdP-Vize.

Dabei kam das politische Debakel von Heidenau nicht überraschend: „Im Jahr 2005 hatten wir noch 12.190 Polizeivollzugsbeamte, 2015 sind es nur

noch 10.822, also ein Abbau von 1.368. Groß-Veranstaltungen, ob Demonstrationen oder Fußball, kann Sachsen schon lange nicht mehr allein stemmen“, sagt GdP-Landeschef Hagen Husgen, der bereits zuvor immer wieder vor den weitreichenden Konsequenzen der verfehlten Personalpolitik warnte. Beste Beispiel hierfür sind die Verbote von Demonstrationen und Versammlungen Anfang des Jahres (Pegida, Legida). Welche Dimensionen dies angenommen hat, belegen ein paar Zahlen: Wurden im Freistaat



# FLÜCHTLINGE

2014 noch 51 Hundertschaften des Bundes und der Länder für Unterstützungseinsätze in Sachsen benötigt, so waren es bis Ende Juli dieses Jahres bereits 170. Husgens polizeiliches Fazit, wohl für alle Länder gültig: „Man fühlt sich allein gelassen, verheißt und als Prellbock, der die politisch gemachten Fehler der letzten Jahre ausmerzen muss.“

„Alle Instanzen, von der Polizei bis zu den Kommunen, der öffentliche Dienst insgesamt und auch die nicht staatlichen Organisationen haben ihr Limit erreicht“, so die Einschätzung der GdP. „Von den Erstaufnahmestellen, die hoffnungslos überfüllt sind, bis in die kleinsten Dörfer und Gemeinden, die verzweifelt nach Unterbringungsmöglichkeiten für diese Menschen suchen, sind die Alarm-signale nicht mehr zu überhören.“ Überall entstehen Zeltstädte und Notbehelfe. „Niemand mag daran denken, wie es im Herbst oder Winter da zugehen wird. Noch ist Zeit, feste Unterkünfte auf Dauer zu organisieren. Da darf es keine Denkbarrieren geben“, erklären GdP-Funktionäre allerorten.

Die Spannungen und Konflikte innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte nehmen augenscheinlich zu. Die Unterbringung sollte sich an pragmatischen Gesichtspunkten ausrichten und nicht nach Verteilerschlüsseln. Vorrangig geht es um menschenwürdige Unterkünfte. „Die beengten Verhältnisse tragen dazu bei, dass schon kleinste Streitereien eskalieren. Meine Kolleginnen und Kollegen fahren ununterbrochen Einsätze, um Streit unter den Bewohnern zu schlichten, aber auch um sie vor Angriffen von außen zu schützen“, betont Radek. Deshalb seien alle Forderungen aus der Politik, die Polizei solle verstärkt die Flüchtlingsunterkünfte beschützen, längst überholt.

Jetzt werden in Bundespolizeiinspektionen Freiwillige gesucht, um sie für drei Monate an Brennpunkten einzusetzen. Die Resonanz ist allerdings, wie zu erfahren war, nicht so groß. Die Freiwilligenquote würde sich erhöhen, so Radek, wenn der Bundesinnenminister die Bedingungen ändere. „Monatelang jeden Tag acht Stunden lang in verzweifelte Flüchtlingsgesichter zu schauen“, so Radek, „ist eine seelische Belastung, die steckt man nicht so einfach weg.“ Kürzere Schichten, längere Freizeiten

und gute Unterkünfte seien nötig. Die Kanzlerin habe Flexibilität ange-mahnt. Die sollte ihr Innenminister jetzt zeigen.

Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurde bekannt, dass der Bundesinnenminister der Bundespolizei 3.000 weitere Stellen zugesagt hat. Die plötzliche Kehrtwende beim bislang so intensiv betriebenen Personalabbau bei der Polizei sei allein dem Druck des Flüchtlingsstroms geschuldet, erklärte die GdP. Radek merkte zudem an, dass die Bundespolizei einsatzfähige neue Kolleginnen und Kollegen nicht aus dem Katalog bestellen könne. Bis die Kräfte ausgebildet seien, halte die aktuelle Belastung der Beamtinnen und Beamten zunächst unvermindert an und könne sich sogar noch weiter zuspitzen.

De Maizière selbst weiß, dass es das Hier und Jetzt nicht verändert. Der Minister selbst wies beim Besuch in Deggendorf darauf hin, dass neu eingestellte Bundespolizisten bis zu drei Jahre benötigten, bis sie entsprechend ausgebildet sind. Personelle Billiglösungen als temporären Ersatz für vollausgebildete Polizistinnen und Polizisten lehnt die GdP jedoch ab.

Fazit aus Gewerkschaftssicht: Über lange Zeit hat die Politik den Rotstift nicht aus der Hand gelegt, sondern ihn sogar noch regelmäßig angespitzt. Ergebnis dessen sei eine Polizei, die neben ihren eigentlichen Aufgaben der Prävention und Strafverfolgung zunehmend mit eklatanten Personal-lücken, erschreckenden Krankenständen, teils altersschwachem Material, Überstundenbergen, einem Besoldungsflickenteppich und einem schwindendem Rückhalt in der Bevölkerung kämpfen muss.

Die GdP zeige sich jedenfalls willens und stehe bereit, sagte Radek, gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen – am besten, so schnell und weit wie möglich. Nun seien die Länder in der Pflicht, das prinzipiell positive Signal der Bundesregierung aufzugreifen und bundesweit auch unverzüglich Mittel für mehr Polizei bereitzustellen. „Mögliche Mogeleyen oder Taschenspielertricks wird die GdP dabei aber nicht akzeptieren.“



COP® Specials September / Oktober 2015 \*Gültig vom 20.08. - 31.10.15

**1 Under Armour® Tactical Handschuh Infrared GoldGear®**  
 Art.-Nr. UA12426635-Größe  
 Farbe: schwarz  
 Größen: S-XL  
 Material: 87% Polyester, 13% Elasthan  
 Schaumverstärkung über den Knöcheln, langer Bund, auch als Unterziehhandschuh geeignet.

**Aktionspreis!**  
**€ 25,90**  
 statt 34,95\*

**2 Stichschutzweste COP®STAB**  
 Art.-Nr: 9-STAB-Größe  
 Farbe: schwarz  
 Größen: S/M, L/XL, XXL  
 Preisgünstige leichte Stich-/Schlagschutzweste aus körpergerecht geformtem Kunststoff mit zusätzlicher 1 mm starken Aluplatte (23 x 23 cm) im Brust- und Rückenbereich. Robuste, verstellbare Westen-hülle.

**Aktionspreis!**  
**€ 79,90**  
 statt 119,95\*\*\*

Auch in Übergrößen erhältlich!

**3 Stichschutzweste COP®STAB AE**  
 Art.-Nr: 9-STABAE-Größe  
 Farbe: schwarz  
 Größen: S, M, L, XL, 2XL, 3XL  
 Einlagen aus Aramid / Aramidlaminat, Hülle aus Nylon; Gewicht: 2,2 kg (Gr. L).  
 Kombination aus Stichschutz und ballistischer Schutzweste gemäß US Klasse NIJ IIA.

**Aktionspreis!**  
**€ 349,90**  
 statt 609,95\*\*\*

**Restposten**  
 Solange Vorrat reicht!

**4 Polizeiausrüstungstasche COP® 903 Light**  
 Art.-Nr. 903 BAG-L  
 Außenmaße: 50 x 26 x 32 cm (L x B x H)  
 Innenmaße: 48 x 20 x 30 cm (L x B x H)  
 Farbe: schwarz  
 Material: 100% Polyester  
 Die „Light“ Version unserer klassischen Polizeiausrüstungstasche. Stabil verarbeitet.

**Aktionspreis!**  
**€ 49,90**  
 statt 64,95\*\*

40 Liter

**5 Einsatz- u. Zugriffshandschuh COP®D6F700**  
 Art.-Nr. 32F200-Größe  
 Größen: XS - 3XL. Außenmaterial: 100% Rindsleder  
 Innenmaterial: 100% Polyamid. Mit Innenfutter!

**Aktionspreis!**  
**€ 19,90**  
 statt 39,95\*\*\*

EN 388  
 Abriebfestigkeit: Kategorie 2  
 Schnittfestigkeit: Kategorie 1  
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 2  
 2 1 2 Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

**Restposten**  
 Solange Vorrat reicht!

**6 Under Armour® Tactical Velsetz Stiefel**  
 Art.-Nr. UA12240038-Größe (beige)  
 Art.-Nr. UA12240003-Größe (schwarz)  
 Farbe: beige und schwarz  
 Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)  
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 450 g

Sportlicher, extrem bequemer und ultra-leichter Einsatzstiefel von Under Armour®.

**Aktionspreis!**  
**€ 99,90**  
 statt 139,95\*

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47	47,5	48,5

**7 Handfesselholster COP® 9131N für Stahlfesseln**  
 Art.-Nr: 219131N  
 Oben offenes Nylonholster mit Druckknopfverschluss. Passt für alle Standard und Oversized Handfesseln mit Kette oder Gelenk sowie Clejuso 9, 12, 12A, 19R.

**Aktionspreis!**  
**€ 9,90**  
 statt 14,95\*\*\*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

**www.cop-shop.de**

\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers | \*\* Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2015 | \*\*\* ehemaliger Verkaufspreis



# „Sicher ankommen“

**Das Thema Eigensicherung hebt oft nur auf mögliche Gefahren im Umgang mit dem polizeilichen Gegenüber ab. Jede Polizistin und jeder Polizist ist sich sicherlich bewusst, in einem Moment der Unachtsamkeit verletzt werden zu können. Doch Risiken lauern auch an anderer Stelle, zum Beispiel bei Einsatzfahrten, wo es auf jede Minute ankommen kann, oder auch bei der Routine-Streifenfahrt. Zweifellos wird es künftig immer wieder zu Unfällen kommen, an denen Polizeifahrzeuge beteiligt sind. Doch Teamarbeit im Auto, vor allem durch einen den Fahrer unterstützenden Beifahrer, kann die Fahrt deutlich sicherer machen. Der Erste Polizeihauptkommissar Norbert Knappe, Leiter der Polizeiwache Bergisch Gladbach in der Kreispolizeibehörde Rheinisch-Bergischer Kreis in Nordrhein-Westfalen, will Polizeibeamtinnen und -beamte dafür sensibilisieren und drehte deshalb mit Kolleginnen und Kollegen einen anschaulichen Film. DEUTSCHE POLIZEI (DP) befragte Knappe zu Hintergründen, Absichten und möglichen Widerständen.**

**DEUTSCHE POLIZEI: Wie ist die Idee zu diesem Lehrfilm entstanden? Gab es eine Häufung von Unfällen bei Dienst- und Einsatzfahrten?**

**Norbert Knappe:** Verkehrsunfälle oder andere Schadensfälle mit Einsatzfahr-

zeugen geschehen in der Gegenwart und waren auch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu beklagen. Übrigens nicht nur bei der Polizei, sondern auch, wie ich mittlerweile weiß, bei allen Organisationen, die über Fahrzeuge mit Blaulicht und Einsatzhorn verfügen.

Meine Polizeiwache mit etwa 75 Kolleginnen und Kollegen stellte übrigens keine Ausnahme dar. Und ich selbst schon mal gar nicht. Während meiner aktiven Zeit im Wach- und Wechseldienst als Streifenführer und später Dienstgruppenleiter verursachte ich zwei Verkehrsunfälle, Gott sei Dank ohne Personenschaden; aber beide waren vermeidbar. So, wie prinzipiell jeder Unfall vermeidbar ist. Ich hätte jedes Mal vor Scham in Grund und Boden versinken können. Vor etwa drei Jahren fasste ich den Entschluss, thematisch tiefer in diese Materie einzusteigen. Ich fragte mich, reichen Fahrsicherheitstrainings und Appelle an die besondere Sorgfalt beim Führen von Dienstfahrzeugen wirklich aus? Und: Beeinflussen wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Stressforschung das Fahrverhalten in entsprechend schwierigen Situationen positiv, wenn sie in dienstlich geeigneter Form vermittelt werden? Kümmern wir uns in der Polizei insbesondere während der Ausbildung jüngerer Beamtinnen und Beamten hinreichend genug, um sie auf Sonder- und Wegerechtsfahrten vorzubereiten? Diese und ähnliche Fragen würde ich – zumindest auf Nordrhein-Westfalen bezogen – mit einem uneingeschränkten Ja beantworten.

**DP: Und der nächste Schritt?**

**Knappe:** Durch zwei eher zufällige Beobachtungen von Sonderrechtsfahrten der Polizei sowie der Feuerwehr hatte ich die Idee, mich dem zweiten Menschen im „Cockpit“, also der Beifahrerin oder dem Beifahrer, zu widmen. Womit sind sie im Verlauf von schnellen Einsatzfahrten beschäftigt? Unterstützen sie den Fahrer mit ihren eigenen Wahrnehmungen? Teilen sie ihm ihre Angst mit, wenn sie die Fahrt auf der Grundlage ihrer subjektiven Empfindungen als zu schnell betrachten?

Nach ungefähr zwei Jahren und vielen Befragungen von Beifahrern, die Unfälle miterlebt hatten, übrigens auch bei der Feuerwehr, stand für mich fest, dass es bei „Copiloten“ noch eine Menge an Potenzial auszuschöpfen gibt, um vielleicht im Einzelfall Unfälle zu verhindern.

**DP: Daraus entstand die Idee zum Film?**

**Knappe:** Irgendwann hatte ich ein bestimmtes Konzept im Kopf und bat zwei Wachdienstführer meiner Dienststelle, POK Robert Germann und POK Stefan Mitschke, das Thema insgesamt – noch eine Idee – filmisch darzustellen. Grundvoraussetzung sollte es sein, eine erwachsenengerechte Version zu produzieren. Das heißt, klare Kernaussagen herausarbeiten, die quasi ein Angebot an Beifahrer offerieren, sich intensiver an einer sicheren Einsatzfahrt zu beteiligen, selbstverständlich ohne in aktive Fahrabläufe einzugreifen. Präziser ausgedrückt: Wie gehe ich mit meiner Angst als Beifahrer um? Wie gestalte ich als Beifahrer mit meinen eigenen akustischen und visuellen Wahrnehmungen einen Beitrag im Auto, um sicher anzukommen? Wann biete ich als Beifahrer meine aktive Hilfe an, zum Beispiel bei schwierigen Einparkmanövern, um Schadensfälle zu vermeiden? Meinen Fokus legte ich also ausschließlich auf die Rolle des Beifahrers, denn auch sie oder er will sicher und unfallfrei am Einsatzort ankommen.

**DP: Ist es für die Kolleginnen und Kollegen denn mit der Zeit riskanter geworden, auf Einsatzfahrten zu verunglücken?**

**Knappe:** Gefahren und Risiken gab es immer. Daran wird sich im Grunde genommen nichts ändern. Viel wichtiger ist, dass sich Besatzungen in Einsatzfahrzeugen dieser Gefahren bewusst



**EPHK Norbert Knappe, 59 Jahre alt, leitet seit acht Jahren die Polizeiwache Bergisch Gladbach in der Kreispolizeibehörde Rheinisch-Bergischer Kreis in Nordrhein-Westfalen.**  
Foto: privat



## EIGENSICHERUNG

sind und ihre Fahrweise permanent den jeweiligen Situationen anpassen. Und genau hier spielt der Beifahrer eine wichtige Rolle, wenn er den Fahrer mit Hinweisen unterstützt. Das kann entscheidend dazu beitragen, schwierige Situationen rechtzeitig zu erkennen, um dementsprechend zu reagieren. Wir reden ja hier über Sonderrechtsfahrten, die meinetwegen 5 bis 15 Minuten dauern. Während dieser Zeit sollte sich der Beifahrer, wenn irgendwie möglich, uneingeschränkt dem Fahrer unterstützend zur Verfügung stellen.

Viele Kolleginnen und Kollegen sagten mir zwar, dass sie das ohnehin tun. Tatsächlich war das Ergebnis der von mir befragten Beifahrer, die in Verkehrsunfälle verwickelt waren, aber anders.

### DP: Nämlich ...

**Knappe:** Häufig wurden noch Funk- oder Handygespräche mit der Leitstelle erledigt, Einsatzpläne oder Kartenmaterial studiert oder sonst irgendwas gemacht. Dementsprechend war der

Fahrer während dieser Hochstressphase auf sich allein gestellt. Sicher ankommen bedeutet: Beide konzentrieren sich als Team gemeinsam auf die Fahrt. Vier Augen sehen mehr als zwei.

**DP: Stellen Sie wie viele andere Polizeibeamtinnen und -beamte auch fest, dass der Respekt gegenüber der Polizei – selbst bei Einsatzfahrten mit Sonder signalen – spürbar gesunken ist?**

**Knappe:** Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei sind im Allgemeinen mittlerweile auf ein unerträgliches Maß gestiegen. Das ist jedenfalls meine Erfahrung. Bezogen auf den Straßenverkehr, also bei Einsatzfahrten, bin ich anderer Auffassung. Autofahrerinnen und Autofahrer bemühen sich nach wie vor, freie Gassen für Polizei, Feuerwehr und andere Rettungsorganisationen zu bilden. Aber nicht alle reagieren gleich. Auch für Verkehrsteilnehmer bedeutet es Stress, wenn von hinten ein Fahrzeug mit Martinshorn und Blaulicht naht. Ein im Film interviewter Kollege sagt

dazu deutliche Worte. Auch hier kann der aufmerksame Beifahrer den entscheidenden Hinweis geben, wenn zum Beispiel jemand plötzlich anders fährt, als man es erwartet hat.

**DP: Es gehört als Beifahrer schon einiges dazu, den Fahrer auf beispielsweise unnötig schnelles oder riskantes Fahren hinzuweisen. Ist ein solches – richtiges – Verhalten nur etwas für selbstbewusste Typen?**

**Knappe:** Alle Menschen entwickeln im Laufe ihres Lebens ein mehr oder minder großes Maß an Selbstbewusstsein. Bei uns Polizistinnen und Polizisten ist diese Eigenschaft nach meinen Erfahrungen aufgrund der Besonderheiten dieses interessanten aber auch schwierigen Berufes sehr ausgeprägt. Den Fahrer hingegen zu bitten, langsamer oder angemessener zu fahren, sollte allerdings eine Selbstverständlichkeit sein. Auch zu diesem Themenaspekt gibt der Film Antworten. Die ganz normale Wahrnehmungsfähigkeit eines ängstlichen Menschen reduziert sich drastisch auf

Anzeige



Unser Schutzpaket für Polizeianwärter

Weil Sie immer alles geben, geben wir auch immer alles für Sie.

Die SIGNAL IDUNA Gruppe bietet allen Beschäftigten der Polizei umfassenden Versicherungsschutz für die Zeit während und nach der Ausbildung. Und: Durch den Spezialversicherer Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft (PVAG), einem Gemeinschaftsunternehmen von SIGNAL IDUNA und GdP, kennen wir die speziellen Bedürfnisse von Polizisten und Polizistinnen besonders gut.

**SIGNAL IDUNA Gruppe, Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**

Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de, www.pvag.de

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen



das eigene Unbehagen und weniger auf Verkehrsabläufe. Dem Fahrer wäre damit also gar nicht gedient. Der Satz: „Bitte fahr etwas langsamer“, oder „Du bist zu schnell“, zeugt von einer verantwortungsbewussten und professionellen Einstellung und, ich kann es nicht oft genug wiederholen, kann im entscheidenden Moment Leben retten.

### **DP: Besteht nicht die Gefahr, als Angsthase zu gelten, wenn man solche Ansagen an den Fahrer macht?**

**Knappe:** Kurz und knapp, nein. Jedenfalls haben mir das alle Kolleginnen und Kollegen bestätigt. Angst ist der schlechteste Wegbegleiter für uns. Ein offenes, von Rücksichtnahme und Einfühlungsvermögen geprägtes Arbeitsklima hingegen ist Grundvoraussetzung für erfolgreiches Handeln. Das gilt auch und insbesondere im Streifenwagen.

### **DP: Wie gehen die erfahrenen Kollegen mit ihrem Vorstoß um? Da sagen doch bestimmt einige, ich hab jetzt 25 Jahre auf dem Buckel und es ist noch nie was passiert, also was soll das ganze Getue? Fühlten sich die Fahrer nicht gleich auf den Schlipps getreten?**

**Knappe:** Überall dort, wo Stefan Mitschke, Robert Germann oder ich den Film präsentiert und moderiert haben, fand das Video mit seinen Kernaussagen eine durchweg positive Resonanz. Sowohl bei Jüngeren, als auch bei denen, die bereits viele Berufsjahre oder -jahrzehnte hinter sich gebracht haben. Nebenbei bemerkt ist jeder Fahrer auch mal Beifahrer. Das Thema ist einfach zu ernst, um es als Getue zu bezeichnen. Ich erinnere daran, dass erst vor wenigen Wochen eine Kollegin und ein Kollege der Autobahnpolizei in der Nähe von Bielefeld bei einem Verkehrsunfall ihr Leben verloren. Ein schreckliches Ereignis, das uns immer wieder mahnen vor Augen halten sollte, welchen Gefahren wir ausgesetzt sind. Vor Jahren las ich in einer Fachzeitschrift, die sich in einem Artikel mit den Begriffen wie Unfallhäufigkeit und Erfahrung befasste, dass in den Bereichen Tauchsport und Fliegerei die meisten der tödlich Verunglückten sogenannte Erfahrene waren. Erfahrung ist natürlich etwas Unersetzbares und hilft uns, das Leben in vielen Bereichen leichter und koordinierter zu bestreiten. Erfahrungen hingegen, die sich einer stetig im Fluss befindlichen



*Polizeistreife auf Einsatzfahrt. Eine gute und aufmerksame Zusammenarbeit zwischen Fahrer und Beifahrer minimiert Unfallrisiken. Foto: Patrick Seeger/dpa*

Lebenswirklichkeit anpassen, helfen tatsächlich im komplexen System unseres Straßenverkehrs, Unfallgefahren zu erkennen. Wir alle haben doch bei Unfallaufnahmen irgendwann schon einmal den Satz eines Verursachers gehört: Jetzt fahre ich schon dreißig Jahre unfallfrei, und nun das. Diese Aussage spricht meines Erachtens nach für sich selbst.

### **DP: Wird in der Ausbildung noch zu wenig Wert auf die Teamarbeit im Streifenwagen gelegt?**

**Knappe:** Generell erleben wir im Wach- und Wechseldienst absolut motivierte und sehr gut vorbereitete Kommissaranwärterinnen und -anwärter, die im Verlauf ihrer fachpraktischen Studienabschnitte erste Kenntnisse und Erfahrungen außerhalb der Fachhochschule sammeln. Dem Thema Einsatzfahrten wird in der Theorie und anschließenden Fahrsicherheitstrainings viel Zeit gewidmet. Das ist tatsächlich hervorragend. Wenn es mit unserem Filmbeitrag zusätzlich gelingt, der Rolle des Beifahrers noch mehr Beachtung zu schenken, wäre das eine ideale Ergänzung. Das in Nordrhein-Westfalen zuständige Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten erhielt in diesem Zusammenhang, so wie alle NRW-Kreispolizeibehörden, eine Kopie des Films.

### **DP: Gibt es aus Ihrer Sicht perspektivisch noch etwas, was die Sicherheit der Streifenwagen verbessern oder auch**

### **den Stellenwert der immens wichtigen Eigensicherung erhöhen kann, ohne gleichzeitig als „uncool“ bewertet zu werden und was dann eben ohne erwünschte Wirkung bleibt?**

**Knappe:** Uncool mag derzeit eine gängige Floskel sein, die so etwas Ähnliches wie ätzend, ungut, verkrampft oder langweilig meint. Mit dem Begriff Eigensicherung hat uncool auch nicht im Entferntesten etwas zu tun. Eigensicherung meint unter anderem ein auf Dauer angelegtes professionelles, flexibles und situationsangepasstes Handeln. Das gilt natürlich auch voll umfänglich für Einsatzfahrten jedweder Art. Eigensicherung richtet sich aber auch an uns Vorgesetzte, alle sinnvollen Möglichkeiten auszuschöpfen, die den Berufsalltag der uns anvertrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherer gestalten. Deshalb entschloss sich meine Kreispolizeibehörde auch relativ kurz nach der Einführung der neuen blauen Uniform, jedem Angehörigen des Wach- und Wechseldienstes sowie den Bezirksbeamten Warnwesten zu Verfügung zu stellen, da die Uniform bekanntermaßen schlecht erkennbar ist. Eine kleine aber wichtige Investition, die hilft, Leben zu retten. Eine andere Angelegenheit, die sich auf unsere Einsatzfahrzeuge bezieht, wird momentan sehr aufmerksam von meinen Kolleginnen und Kollegen verfolgt. Das Land trägt sich mit dem Gedanken, neue Streifenwagen zu beschaffen. Die Rede ist auch von einem Wechsel des Herstellers. Hier



## EIGENSICHERUNG

würde ich mir wünschen, dass vor einer endgültigen Beschaffung diejenigen mitberaten und mitentscheiden dürften, die später diese Fahrzeuge Tag und Nacht in Gebrauch nehmen. Denn für sie ist es nicht nur ein simples Fortbewegungsmittel, sondern ihr über viele Stunden hinweg zu nutzender Arbeitsplatz. Und wie wir alle wissen, trägt unser jeweiliger Arbeitsplatz wesentlich zur Berufszufriedenheit bei, so er denn geeignet ist und akzeptiert wird.

Deshalb richte ich meine herzliche Bitte an die Entscheidungsträger im Ministerium für Inneres und Kommunales, die künftigen Nutzerinnen und Nutzer eines neuen Dienstfahrzeuges in ausreichendem Maß zu beteiligen. Das genau ist der Wunsch, den ich immer wieder höre.

Zu guter Letzt liegt mir wegen unseres Films noch etwas Besonders am Herzen. Diesen circa siebenminütigen Beitrag völlig unkommentiert und ohne argumentative Begleitung auf der Leinwand zu zeigen wäre allenfalls eine B-Lösung. Ich habe innerhalb und außerhalb der Behörde, in der ich Dienst versehe, Führungskräfte eingeladen, den Film moderiert und anschließend diskutiert. Der Zeitaufwand von etwa einer Stunde wird dem Thema allemal gerecht. Im weiteren Verlauf konnte jede und jeder der Führungskräfte, inhaltlich entsprechend vorbereitet, den Transfer in die eigene Gruppe übernehmen. Sofern ich diesbezüglich Hilfe leisten kann und darf: Kein Problem, wenn es mein Chef und meine Zeit erlauben, komme ich gerne vorbei.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch.**

**Die Fragen stellte Michael Zielasko.**

*Der Download zum Lehrfilm „Sicher ankommen“ steht GdP-Mitgliedern im geschlossenen Mitgliederbereich zur Verfügung. Der Link zum Film ist in der Themen-Übersicht der Online-Ausgabe der Oktober-DP leicht zu finden.*

*Der Film hat ein Datenvolumen von circa 275 MB. Interessierte kalkulieren daher bitte ein bisschen Wartezeit ein, bis der Film startet.*

*Bitte beachten Sie, dass jegliche Form der Weitergabe oder Verbreitung des Films mit den Urhebern abgesprochen und von ihnen genehmigt werden muss. Erreichbar ist EPHK Knappe unter der E-Mail-Adresse:  
norbert.knappe@polizei.nrw.de*



Anzeige

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Dienstanwärter.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

**Optimale Sicherheit speziell für Vollzugsbeamte. Von Anfang an.**

- ✓ Passgenaue Krankenversicherung zu Beihilfe und Heilfürsorge
- ✓ Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.500 Euro
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

**Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de) oder Telefon 0800 166 55 94.**



Ein Unternehmen der AXA Gruppe



# Das Betreuungsgeld-Chaos

Von Thomas Gesterkamp

**Nach dem gerichtlichen Aus für die umstrittene familienpolitische Leistung gab es Streit, wohin die frei werdenden Gelder fließen sollen – in eine Landesförderung, in die Kindertagesstätten oder einfach in den Bundeshaushalt? Der Vorschlag des Autors: mehr Gehalt für Erzieherinnen.**

Wie geht es weiter mit dem Betreuungsgeld? Als das Bundesverfassungsgericht im Juli 2015 das Gesetz kippte, waren viele Fragen ungeklärt. Soll die im Bundeshaushalt fest eingeplante Summe, immerhin knapp eine Milliarde Euro jährlich, künftig in den Ausbau von Krippen und Kitas gehen? Womit müssen Eltern rechnen, die die Unterstützung von 150 Euro pro Monat bereits beziehen, die ihren Antrag bewilligt bekommen oder zumindest gestellt haben? Gibt es in Bayern demnächst mehr Geld für Familien als in Hessen, Hamburg oder Nordrhein-Westfalen?

Erstaunlich, dass alle Fragen mitten

Punkt schlicht die gesetzliche Kompetenz absprechen.

So besehen war das Urteil wenig überraschend – dennoch entstand sofort ein föderales Chaos. Die zuständige Bundesministerin Manuela Schwesig (SPD) favorisierte stets eine verbesserte Ausstattung der Kindertagesstätten durch mehr Sachmittel und zusätzliches Personal. CSU-Chef Horst Seehofer, nach dem Maut-Desaster seines Parteifreundes Alexander Dobrindt ohnehin angeschlagen, will aber am Betreuungsgeld unbedingt festhalten und verfolgt in bekanntem Stil einen bayerischen Sonderweg. Dabei liegt

Ressorts bleiben, forderte sie schon kurz nach dem Karlsruher Urteil. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer interpretierte den Richterspruch völlig anders: „Wenn nach dem Bundesverfassungsgericht die Länder zuständig sind, muss das Geld auch den Ländern zur Verfügung gestellt werden“, alles andere sei ein „familienpolitischer Sündenfall“.

In Bayern nahmen zuletzt 73 Prozent der Eltern mit ein- und zweijährigen Kindern das Betreuungsgeld in Anspruch, deutlich mehr als in anderen Regionen Deutschlands. CSU-Landesministerin Emilia Müller erklärte, Schwesigs Pläne seien lediglich „Wunschgedanken“. Der Bund sei verpflichtet, die im Etat eingestellten Mittel zu übertragen, damit das Betreuungsgeld auf föderaler Ebene fortgeführt werden könne: „Nachhilfeunterricht aus Berlin brauchen wir hier nicht.“

Wirtschaftsverbände und die Ministerpräsidenten anderer Bundesländer, nicht nur sozialdemokratische, forderten dagegen unisono die Umschichtung der Gelder in die öffentliche Betreuung. Schwesig verteilte gleich nach dem Urteil via „Bild“-Zeitung Beruhigungspillen aus ihrem Urlaub: Selbstverständlich müsse niemand schon überwiesenes Geld zurückzahlen, auch für bereits bewilligte Anträge gelte eine Art Vertrauensschutz. Insgesamt bezogen zuletzt 450.000 Familien in Deutschland das Betreuungsgeld. Rund 700.000 Kinder unter drei Jahren werden mittlerweile in Tageseinrichtungen versorgt; gegenüber dem Vorjahr ist ihre Zahl um fünf Prozent gestiegen.



Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig im Fokus der Medien.

Foto: Wolfgang Kumm/dpa

im tiefsten Sommerloch von einer politischen Reservemannschaft der Großen Koalition diskutiert werden sollten. Denn im Berliner Familienministerium ging man schon seit April davon aus, dass die obersten Richter die von ihren Gegnern als Herdprämie geschmähte Leistung ablehnen würden. In der mündlichen Verhandlung hatten die Karlsruher Juristen unverblümt klar gemacht, dass sie dem Bund an diesem

auch in seinem Bundesland die Nachfrage nach Krippenplätzen weit über den Prognosen.

## Wirrwarr um Kompetenzen

Schwesig wollte auf jeden Fall sicherstellen, dass das eingesparte Geld weiterhin den Familien zugutekommt. Die Mittel müssten im Haushalt ihres

## Betreuungsgeld-Dividende

Interessant war die zeitliche Kollision zweier familienpolitischer Themen, die auf den ersten Blick nur indirekt miteinander zu tun haben: Während Mitte August eine politische Stallwache im Regierungsviertel über die Zukunft des Betreuungsgeldes beraten sollte (mangels Masse fiel der Termin zunächst aus), endete zu diesem Zeitpunkt auch die Friedenspflicht im ungelösten Kita-Streik. Die Gewerkschaften ver.di und GEW sowie der Beamtenbund hatten ihre Mitglieder über das mögliche Schlichtungsergebnis abstimmen lassen, rund 70 Prozent erklärten sich mit dem Angebot nicht einverstanden. Daraufhin drohten neue Streiks – und



damit neue Belastungen für Erwerbstätige mit kleinen Kindern, die auf die Zuverlässigkeit der Tagesstätten angewiesen sind.

Die Betreuungsgeld-Dividende könnte eine ungewöhnliche Lösung forcieren – wenn sich die Beteiligten im Wirrwarr der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen einfach mal pragmatisch einigen würden. Die durch das höchststrichterliche Aus mittelfristig zur Verfügung stehenden fast Tausend Millionen Euro pro Jahr würden dann nicht in Elternförderung, in Gebäude, Kinderbücher oder Spielzeug

investiert – sondern einfach in mehr Gehalt für unterbezahlte Erzieherinnen.

Denn dieser Beruf beinhaltet nicht nur eine hohe Verantwortung für die nachwachsende Generation, sondern ist auch sehr anstrengend. Eine aktuelle Untersuchung der Techniker-Krankenkasse (TK) hat ergeben, dass Kindergärtnerinnen im vergangenen Jahr vier Tage mehr krankgeschrieben waren als der Durchschnitt aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die von der TK erfassten Versicherten in Krippen und Kitas kamen auf insgesamt 18,9 Fehltag pro Kopf.

Gudrun Ahlers, die Präventionsexpertin der Kasse, zeigt sich von diesen Daten nicht überrascht: Viren und Bakterien, der hohe Lärmpegel und immer komplexer werdende Aufgaben machen die öffentliche Kindererziehung nach ihrer Ansicht zu einer besonders krankmachenden Belastung. Dass die Gesellschaft dieser stressigen Tätigkeit dennoch die entsprechende monetäre Anerkennung verweigert, war mit Sicherheit eine wichtige Ursache für die verhärteten Fronten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in einem monatelangen Arbeitskampf.

### AKTION

## Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2015/2016 startet!

**Bereits zum zehnten Mal schreibt der Verein der Gewerkschaften „Mach meinen Kumpel nicht an!“ den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ aus.**

Der Wettbewerb richtet sich an Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen und alle Jugendlichen, die sich in einer beruflichen Ausbildung befinden. Er dient der Auseinandersetzung junger Menschen mit der Thematik Ausgrenzung, Rassismus, Rechtsextremismus und Gleichbehandlung.

Die Schirmherrschaft über den Wettbewerb 2015/2016 haben Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke und der Vorsitzende der Ge-

werkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, übernommen.

Es lohnt sich mitzumachen und Flagge gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus zu zeigen, denn es gibt mehrere Preise zu gewinnen, die bei einer feierlichen Preisverleihung den Gewinnern übergeben werden.

Mehr Infos über den Wettbewerb unter [www.gelbehand.de/wettbewerb](http://www.gelbehand.de/wettbewerb).

red



Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

... wieder Atem schöpfen

### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



# Kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden: Treffen von GdP-Vertretern mit Journalisten

**„Unser Anliegen war es, mit offenen Augen rein zu gehen und einen kritischen Bericht zu liefern ...“, so Hans-Michael Kassel, Redaktionsleiter beim Südwestrundfunk (SWR) und verantwortlich für Dokumentation und Reportage. Ein kritischer Bericht ist es aus Sicht des Bundesfachausschuss Schutzpolizei geworden.**

**Die GdP stellt aber auch fest, wenig ausgewogen und mit einer äußerst tendenziellen Botschaft: Polizei übe oft ungerechtfertigt Gewalt aus, die nun durch Videosequenzen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. „Zwischen Gewalt und Zwang – als legitimum Werkzeug der Polizei – wird im Beitrag nicht differenziert!“, so Tina Horn, Vorsitzende des GdP-Fachausschusses Schutzpolizei in Rheinland-Pfalz.**

Auch werden die genannten Zahlen nicht ins Verhältnis zu den vielen Kontakten zu Bürgerinnen und Bürgern gesetzt, die problemlos und auf kommunikativer Ebene ablaufen. Die

Auch sei „Die Story im Ersten“ von drei Millionen Zuschauerinnen und Zuschauern verfolgt worden, die eher dem „höheren Bildungsniveau“ angehörten. Diese hätten kritisch hinterfragt, was da zu Polizeieinsätzen und Videos gezeigt wurde. Allerdings gehöre es zu den elementaren Aufgaben des Journalismus, gerade im öffentlich-rechtlichen Bereich, den Finger in die Wunde zu legen. Die Polizei sei allemal ein Bereich, der einer kritischen Betrachtung wert sei.

„Wir haben jedoch festgestellt, dass wir hier nicht ins Zentrum eines gesellschaftlichen Missstandes gestoßen sind, sondern eher Einzelphänome vorgefunden haben“, so Henkel weiter. Ein generelles Problem der Polizei, die bei ihren Amtshandlungen – auch bei ungerechtfertigten – nun auch noch gefilmt werde, gäbe es offensichtlich nicht.

Der Journalismus greife bei seinen Berichterstattungen die schwarzen Schafe heraus. Tina Horn und Björn Neureuter war es wichtig festzustellen, dass man in diesem Beitrag auch weiße „erwischt“ habe. Der SWR ficht diese Feststellung nicht an, stellte aber auch fest, dass dies nicht die Absicht gewesen sei.

Unser Eindruck: Trotz einer recht einseitigen Reportage waren hier seriöse Journalisten am Werk, die sich unseren Argumenten nicht verschlossen, sondern Verständnis für die Herausforderungen des Polizeidienstes haben.

**Bernd Becker**

Der GdP-Bundesfachausschuss Schutzpolizei intervenierte mehrfach gegen die nach seiner Ansicht tendenzielle Darstellung polizeilicher Einsätze mit Zwangsanwendung, die sodann auch als Videomitschnitt im Internet massiv verbreitet wurden. „Die Story im Ersten – Polizei, Gewalt und Video – Wenn Einsätze aus dem Ruder laufen“ verstärkte somit die mediale Vorverurteilung von Polizeibeamtinnen und -beamten, dies auch durch die in der Sendung dargestellte „Mitwirkung“ der Justiz in Form hoher Einstellungsquoten bei diesen Verfahren. Das persönliche Gespräch mit SWR-Verantwortlichen erfolgte nun als abschließende Erörterung.

staatsanwaltschaftliche Einstellungsquote stünde als einzelne Zahl recht aussagelos da und lasse den Eindruck aufkommen, Polizei könne ungestraft Übergriffe auf wehrlose Bürgerinnen und Bürger vornehmen, entgegnete Björn Neureuter, frisch gebackener Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei.

„Es ging uns nicht darum, der Polizei eine reinzuwürgen. Wir haben großen Respekt vor der schweren Arbeit der Polizei“, sagte Kai Henkel, Leiter des SWR-Ressorts Kultur und Gesellschaft.



## Vermisst-Ratgeber

**Jährlich mehr als 500.000 Angehörige betroffen**

Der erste „Vermisst-Ratgeber für Angehörige, Freunde und Arbeitskollegen“ erschien zur Leipziger Buchmesse 2015 im März. Der Düsseldorfer Publizist und Schriftsteller Peter Jamin, der sich seit mehr als 20 Jahren mit dem Thema befasst und ehrenamtlich ein Vermisst-Telefon unterhält, stellte den neuen Leitfaden auf der Leipziger Buchmesse vor.

Das Buch enthält umfangreiche, nach Stichworten geordnete Informationen zum Verhalten nach dem Verschwinden von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Außerdem gibt es Tipps für erste Maßnahmen, Empfehlungen bei psychischen Krisen und wichtige Adressen, die in speziellen

Fällen etwa bei Schulden, Adressermittlungen oder psychischen Erkrankungen helfen können.

Der Band enthält darüber hinaus einen Essay Jamins zur aktuellen Lage der Angehörigen von Vermissten „Die vermisste Gesellschaft“.

Jährlich werden mehr als 100.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei der Polizei als vermisst registriert, zurück bleiben mehr als 500.000 Angehörige und darüber hinaus Freunde, Bekannte und Arbeitskollegen, die sich Sorgen um die Verschwundenen machen.

**Vermisst-Ratgeber, Krefelder Verlag Magenta, 2015, 160 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-944299-06-8**



## Outdoor: Mit der GdP Israel „ganz anders“ entdecken

**Die GdP bietet auch im Jahr 2016 wieder interessierten und fitten Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern und deren Begleitern eine Outdoor-Tour nach Israel an.**

Mit Zelt-Camps in der Wüste Negev, dem Toten Meer und am Jordan-Fluss, Wanderstiefeln und „draußen sein“ erkundet die Reisegruppe vom 18. bis 26. Mai 2016 das Land wieder einmal auf ganz andere als die herkömmliche Art.

Die Verknüpfung von politischer und kultureller Bildung mit Outdoor-Aktivitäten prägt diese begehrte Reise. Alle Informationen, Anmeldeformulare, begeisterte Reiseberichte und Fotos der letzten Touren für den Vorgeschmack finden Interessierte unter „[www.israel-reise.gdp-bundespolizei.de](http://www.israel-reise.gdp-bundespolizei.de)“.

Fragen beantwortet gern Tourleiter Sven Hüber (Tel.: 0 30-18681-4610).

Für die Reise kann bei Vorliegen der Voraussetzungen Sonderurlaub für Beamte beziehungsweise Bildungsurlaub für Arbeitnehmer beantragt werden.

Sven Hüber



**Sportlichkeit hilft schon dabei, die großartige Landschaft Israels unmittelbar entdecken zu können – hier beim Abseilen in der jüdischen Wüste.**  
Foto: Sven Hüber

Anzeige



# PMRExpO

# 2015

PROFESSIONELLER MOBILFUNK  
UND LEITSTELLEN

**24. bis 26. Nov. 2015, Koelnmesse**

- Fachmesse • PMR-Konferenz
- Leitstellenkongress • Fachforen
- **Neu:** Nachwuchsinitiative

[www.pmrexpo.de](http://www.pmrexpo.de)

Weitere Informationen  
senden wir Ihnen gerne zu.  
Ihre Ansprechpartnerin:  
Stefanie Scharfschwerdt  
Tel. +49 (0) 69/710 46 87-179  
[stefanie.scharfschwerdt@ew-online.de](mailto:stefanie.scharfschwerdt@ew-online.de)

Eine Veranstaltung von

# GdP-Kommission „Arbeitsschutz“ tagt in Berlin

**Zentrales Thema der jüngsten Sitzung der GdP-Kommission „Arbeitsschutz“ Anfang August in Berlin war neben der Nachbereitung des Arbeitsschutzsymposiums und der Bearbeitung von Anträgen des Bundeskongresses die Erstellung eines Positionspapiers der Bundes-GdP als Handlungshilfe für alle Akteure der Bereiche Gesundheit und Arbeitsschutz.**

Mit einem ersten Entwurf des GdP-Papiers hatte die Arbeitsgemeinschaft 4 des Arbeitsschutzsymposiums unter Leitung von Bernd Becker bereits im März gute Vorarbeit geleistet. Dabei waren die Ergebnisse der Symposien der Vorjahre und die jahrelange Erfahrung der GdP in Rheinland-Pfalz eingeflossen. Das Papier wurde in der Kommission fortgeschrieben und befindet sich derzeit nach einer ersten redaktionellen Überarbeitung im Abstimmungsumlauf.

Das GdP-Papier zu Gesundheit und Arbeitsschutz richtet sich vor allem an die GdP-Untergliederungen aller Ebenen und an alle GdP-Personalräte. Die GdP will mit diesem Positionspapier das Rad der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGM) sicher nicht neu

erfinden, weil es inzwischen endlich in allen Ländern rollt. Unser Anliegen ist es, Ziele, Grundsätze und Arbeitsfelder zu beschreiben, die als Ideen-Börse für alle Akteure geeignet sind. Aus gewerkschaftlicher Sicht wird herausgestellt, dass die Verhältnisprävention, also die positive Beeinflussung gefährdender Arbeitsbedingungen, selbst im Vordergrund stehen muss. Grundvor-aussetzung eines jeden betrieblichen Gesundheitsmanagement-Systems ist es, dass hinreichend viele Multiplikatoren oder Beauftragte und vor allem genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Ganz wichtig: BGM darf nicht auf Rückengymnastik, Waldlauf und Dienstsport reduziert werden und darüber hinaus noch das private Zeitkonto der Kollegin oder des Kollegen belasten.

„Gesundheit braucht Budget und Zeit“, so lautet eine der Grundforderungen im GdP-Papier. Der Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und Gesundheit müsse im Mittelpunkt der Überlegungen stehen, postuliert die Kommission. Dazu gehöre, die Beschäftigten in die Gestaltung und Veränderung der Arbeitsabläufe einzubeziehen. Die Etablierung eines gesundheitsorientierten Führungsstils sei von zentraler Bedeutung.

Kollegin Barbara Prasch von der Berliner GdP bringt es auf den Punkt: „Diese beiden Themenkomplexe werden bei der durch Kürzungen geprägten Personalsituation immer wichtiger. Die zunehmende Zahl von psychischen Erkrankungen macht auch vor unseren Behörden nicht halt. Wer glaubt, dies liege in erster Linie im persönlichen beziehungsweise privaten Bereich der Betroffenen, irrt gewaltig. Dass ungünstige Arbeitsbedingungen auch psychische Krankheiten auslösen oder verstärken können, ist arbeitswissenschaftlich belegt.“

Die Arbeitsschutzkommission geht davon aus, dass das Gesundheitspapier der GdP in der Herbstsitzung des Bundesvorstandes verabschiedet werden wird. **hjm**



**Die GdP-Arbeitsschutzkommission bei ihrer Sitzung in der Bundesgeschäftsstelle. Mitglieder des Gremiums sind Antje Götz-Bungarten, Polizeipsychologin in der bayerischen Polizei, Barbara Prasch, Frauenvertreterin im Berliner Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Dr. Christian Kühl, Leiter der Geschäftsstelle Arbeitsschutz der bayerischen Polizei, Bernd Becker, Mitglied im Hauptpersonalrat der Polizei Rheinland-Pfalz, Lothar Hölzgen, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Hessen und Personalratsvorsitzender im Polizeipräsidium Westhessen, Frank Fubel, Gesundheitsmanager und Polizist beim PP Bielefeld sowie Dietmar Schilff, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Arbeitsschutz verantwortlich und Hans Jürgen Marker, zuständiger Gewerkschaftssekretär in der Bundesgeschäftsstelle.**

**Foto: Holecek**



## Wenn jede Faser deines Körpers schreit, „renn weg!“

**Die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, der schwindende Respekt vor den Einsatzkräften und wie die Beamtinnen und Beamten damit umgehen, stand im thematischen Vordergrund des mittlerweile traditionellen und gut besuchten Parlamentarischen Abends der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Anfang September in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin.**



seinen Kopf und applaudierte spontan den plastischen und authentischen Ausführungen der Polizisten. BMI-Staatssekretärskollege Dr. Ole Schröder (CDU) schaute ebenso betreten wie die der GdP-Einladung gefolgten Bundestagsabgeordneten, Behördenvertreter von Polizei und Verfassungsschutz sowie weiteren Gäste.

Die Gewalt gegen die Polizei sollte auch in den Gesprächen nach dem „offiziellen“ Teil noch eine große Rolle spielen. Später, leider des hohen Termindrucks geschuldet, schaute noch der rheinland-pfälzische Innenminister und Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Roger Lewentz vorbei. Als „quasi“ Hausherr ließ er es sich nicht nehmen, in den intensiven Meinungsaustausch direkt einzusteigen. **mzo**

**Kein Verständnis für Gewalt gegen Polizei: Dr. Günter Krings (I.), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, und GdP-Vize Jörg Radek, erörtern die teils erschütternden Schilderungen der beiden Polizeibeamten aus Berlin und Nordrhein-Westfalen.**

**Fotos (2): GdP/Hagen Immel**

In eindrucksvollen Worten schilderten Bernd Mastaleck, langjähriger Beamter aus dem Berliner Problemkiez Neukölln, und sein junger nordrhein-westfälischer GdP-Kollege Christian Emmrich mit dem Einsatzgebiet Duisburg-Marxloh ihre teils erschütternden Gewalterfahrungen aus dem oft „ganz normalen täglichen Dienst“. „Ich werde meine Familie jedenfalls nicht mehr aus dem Krankenhaus anrufen, den Fehler mache ich nicht mehr“, erzählte Emmrich, der für die Junge Gruppe der GdP NRW in der Ruhrgebietsstadt unterwegs ist. „Es gab Situationen, wo jede Faser deines Körpers schreit ‚renn weg!‘ und ich bin trotzdem stehengeblieben“, berichtete Personalrat Mastaleck.

Verständnislos angesichts solcher Gewalterfahrungen schüttelte Dr. Günter Krings (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (BMI), wiederholt



**(v.l.) Intensiver Meinungsaustausch: Dietmar Schilff, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und Chef der GdP Niedersachsen, mit Dr. Helmut Teichmann, Abteilungsleiter Bundespolizei im Bundesministerium des Innern, und Bundespolizei-Vizepräsident Jürgen Schubert.**

## PARLAMENTARISCHER ABEND



*Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek im Meinungsaustausch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Ole Schröder.*



*Die Polizei müsse sich in Duisburg-Marxloh den Respekt erst wieder erkämpfen, sagte Christian Emmrich, Beamter aus dem Problemviertel, das als sogenannte No-Go-Area in die Schlagzeilen geriet.*



*Brennpunkt Hauptstadt: Der Berliner CDU-Innenexperte Kai Wegner MdB im Gespräch mit dem Polizisten Bernd Mastaleck.*



*Gerold Reichenbach MdB (SPD) mit GdP-Bundeskasierer Jörg Bruchmüller (m.) und GdP-Gewerkschaftssekretär Sascha Braun (r.).*



*Die öffentliche und private Sicherheit im Fokus von „Behörden Spiegel“-Chefredakteur R. Uwe Proll (l.) und Dr. Harald Olschok, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Sicherheitswirtschaft (BDSW).*



*Volker Beck MdB, Grünen-Abgeordneter im Bundestagsinnenausschuss, im Gespräch mit GdP-Vertretern.*

Fotos (6): GdP/Hagen Immel

## PARLAMENARISCHER ABEND



Die SPD-Abgeordnete Michelle Müntefering (r.) und Praktikantin Lisa Wendlich informieren sich beim stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden und GdP-NRW-Chef Arnold Plickert über die Lage in Duisburg-Marxloh.



Engagierte Debatte: (v.l.) Dr. Helmut Teichmann, Abteilungsleiter Bundespolizei im Bundesministerium des Innern, Bundespolizei-Vizepräsident Jürgen Schubert, Susanne Mittag MdB (SPD) und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek.



Auch Innenausschuss-Mitglied Barbara Woltmann MdB (CDU) diskutierte auf dem des mittlerweile schon traditionellen Parlamentarischen Abend der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Unter den Gästen auch der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Burkhard Lischka.



Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und GdP-NRW-Chef Arnold Plickert schildert Gewaltvorfälle gegen seine Kolleginnen und Kollegen. Links im Bild: „Behörden Spiegel“-Chefredakteur R. Uwe Proll.



GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller mit dem Abgeordneten der Links-Fraktion Frank Tempel (r.).



GdP-Vize Radek informiert sich über aktuelle Entwicklungen im Verfassungsschutz. Rechts im Bild, Verfassungsschutz-Vizepräsident Thomas Haldenwang und Bernd Palenda (m.), Leiter des Berliner Verfassungsschutzes.  
Fotos (7): GdP/Hagen Immel

# POLIZEI IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge

Von **Bernhard Frevel (Hrsg.)**.



1. Auflage 2015

**Umfang:** 208 Seiten

**Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0766-6

Dieses studienbegleitende Lehrbuch stellt die politikwissenschaftlichen und soziologischen Grundlagen für die Polizeiarbeit dar. Während die Politikwissenschaft Analysen bereitstellt, um die Polizei und ihr Handeln zu verstehen, bietet die Soziologie unverzichtbares Hintergrundwissen, um die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse für die Gewährung von Sicherheit und Ordnung zu erfassen und als Polizei hierauf zu reagieren.

In zehn Kapiteln beschreiben die Autorinnen und Autoren, die an polizeiausbildenden Hochschulen und Akademien lehren, die sozialwissenschaftlichen Fragestellungen mit stetem Bezug zur Rolle, Funktion und Organisation der Polizei sowie zu den politischen Bedingungen und Anforderungen an polizeiliches Handeln in Deutschland.

Der politikwissenschaftliche Teil befasst sich mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland, einer Politikfeldanalyse der Inneren Sicherheit, dem politischen Extremismus und Terrorismus und der Europäisierung der Inneren Sicherheit.

Eine Einführung in die Soziologie der Polizei leitet den soziologischen Teil ein. Weiterhin werden die Sozialstruktur Deutschlands, das polizeiliche Handeln im urbanen Raum und soziologische Fragen zu Polizei und Gewalt betrachtet. Abgerundet wird das Buch mit einem Überblick über die Geschichte der deutschen Polizei und einem Beitrag zum Thema Polizei als Beruf.



## DER HERAUSGEBER

*Dr. rer. soc. Bernhard Frevel, Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW sowie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

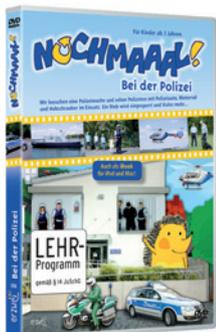
Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# „Bei der Polizei“ – Sachgeschichten für die Kleinsten

**Welches Kind träumt nicht davon, einmal in einem Polizeiauto mitzufahren und bei einem Einsatz dabei zu sein. Der Blick hinter die Kulissen ist jetzt mit der DVD „Nochmaaal – Bei der Polizei“ möglich. Die Sachgeschichten wurden von der Ludwigshafener Produktionsfirma region2-filmproduktion in enger Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Germersheim in Rheinland-Pfalz entwickelt und umgesetzt.**

Wer hat das nicht im Ohr: „NOCHMAAAL“. Immer wieder wollen Kinder Sachen sehen, genau hinschauen, erkennen und verstehen – Kinder lieben Wiederholungen. Welche Eltern wurden nicht schon zur Verzweiflung getrieben, weil ihr Sprössling ein Polizeiauto, das gerade vorbeigefahren ist, „nochmaaal“ sehen wollte. Und auch nicht möglich ist das im Fernsehen. Mit der DVD-Reihe ist „noch mal Polizei“ angucken ganz leicht – wie im Bilderbuch, nur mit realen Filmen.

„Nochmaaal“ ist ein pädagogisch durchdachtes, dem Alter angemessenes und alltagsnahes Angebot, das



lang und auf die Wahrnehmungsfähigkeiten der Kinder abgestimmt sind.

Emil, der kleine Igel, begleitet die Kinder durch die Filme und erklärt geduldig und gut verständlich immer wieder die Lieblingsszenen. Eine übersichtliche, grafische Navigation erleichtert die Orientierung, mit dem Druck auf den „Nochmaaal!“-Knopf wird der jeweilige Film einfach wiederholt. Die kindgerechte Sprache der Kommentare gibt anschaulich das Geschehen wieder und erweitert so den Wortschatz.

## Polizeiinspektion Germersheim

Die Entstehung der DVD „Bei der Polizei“ ist vor allem dem Engagement von Polizeioberkommissarin Stefanie Schnell und Polizeihauptkommissar Christian Scherer zu verdanken. Beide Polizisten haben sich nicht nur als Dar-

stabhundestaffel und der Polizeihubschrauberstaffel Rheinland-Pfalz her. Der Erste Polizeihauptkommissar Wolfgang Zöller, Leiter der Polizeiinspektion Germersheim, unterstützte das Projekt und stellte für die Drehtage sowohl Personal als auch einen Dienstwagen zur Verfügung.

Der Titel ist auch als eBook erhältlich und so auch für lange Reisen einsetzbar. Empfohlen ab 3 Jahren. DVD-Spielzeit beträgt 62 Minuten.

**Nochmaaal – Bei der Polizei, Anbieter: erzwei, 12,95 Euro, ISBN 978-3-9813617-80**

Ralf Herrmann

Anzeige



**THOMAS BROCKHAUS**

Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.

Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

**Telefon: (02207) 76 77** % % %

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)



Foto: [www.erzwei.de](http://www.erzwei.de) – „edition-region2“

die Kleinsten in ihrer Entwicklung fördert, ihren Interessen entspricht und viel Spaß macht. Die DVD besteht aus elf Filmen mit kleinen Geschichten, die zwischen drei und acht Minuten

steller zur Verfügung gestellt, sondern auch im Vorfeld bei der Entwicklung der Inhalte beratend mitgewirkt. Zudem vermittelten sie die Kontakte zur Wasserschutzpolizei Germersheim, der



[www.coachingspecialforces.com](http://www.coachingspecialforces.com)

„Performance Coaching for Special Forces“ – Ausbildungsprogramm für Elitebeamte von Polizei- und Militäreinheiten.

Kursstandorte: Düsseldorf & Wien. Ausbildungsstart: 06.01.2016

Weitere Informationen unter [www.coachingspecialforces.com](http://www.coachingspecialforces.com)

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!



# Von Beute(l)zügen und witzigen Handfesseln

**„Willkommen zum Staatsbesuch“, hieß es Ende August an zwei Tagen in der Bundeshauptstadt. Rund 160.000 Besucher nutzten die Gelegenheit, der großen Politik so nahe zu kommen, wie es sonst kaum möglich ist – im Bundeskanzleramt, in den vierzehn Bundesministerien und dem Bundespresseamt. Auch das Haus der Bundespressekonferenz (BPK) öffnete seine Pforten, lud die Bürger zu Pressekonferenzen mit Ministern, Fraktionschefs und Sprechern der Bundesministerien ein. Für die GdP und die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI (DP) stellte die erstmalige Präsentation im BPK-Rahmenprogramm eine gelungene Premiere dar.**

Zahlreiche Interessierte suchten am DP-Stand das Gespräch mit den Redakteuren Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko. Dabei wurde deutlich, dass die Polizei bei den Bürgern hohes Vertrauen genießt. Viele Besucher forderten die GdP auf, sich auch weiterhin mit Verve und Ausdauer für ihre Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Klar wurde ebenso, dass die

## Besorgte Kanzlerin

Auch Regierungssprecher Steffen Seibert sowie der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Dr. Johannes Dimroth, kamen zur Gewerkschaft der Polizei. Die Kanzlerin sehe mit Sorge, dass die den Polizeibeamtinnen und -beamten aufgebürdeten Belastungen,

vor allem angesichts der aktuellen Flüchtlingslage, so drastisch zunähmen, sagte Seibert. Die von der GdP geäußerte Kritik an Personaleinsparungen in den Ländern sei durchaus berechtigt, die Angriffe auf die Einsatzkräfte bei Demonstrationen extremer Gruppierungen nicht tolerabel. Später hieß es auf der Homepage der Bundesregierung, der Regierungssprecher habe sich bei den gespannt wartenden Besuchern im großen Saal der Bundespressekonferenz entschuldigt: „Ich hatte mich draußen festgequatscht“, so der ehemalige ZDF-Journalist.

BMI-Sprecher Dimroth organisierte unterdessen noch einen Kurzbesuch von Bundesinnenminister Thomas de Maizière am DP-Stand. Der wiederum wurde in seiner Pressekonferenz von Störern unterbrochen, ein Polizeieinsatz war jedoch nicht notwendig.

## Entspannter Grüner

Vor dem Hintergrund des im Oktober stattfindenden GdP-Drogensymposiums hatten die DP-Redakteure am Stand den grünen Fraktionschef im Bundestag, Dr. Anton Hofreiter, einvernommen. Der zeigte sich optimistisch, dass die Legalisierung von Cannabis nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. „Wem passiert denn was, wenn Cannabis frei verkäuflich ist? Wer sich heute etwas besorgen möchte, der kriegt’s auch“, sagte der Politiker, der im Übrigen in seiner Pressekonferenz von einem Kind auf seine Frisur angesprochen worden war. Die Mädels würden drauf stehen, das werde der Frager, der ebenfalls lange Haare trug, schon bald sehen, antwortete sichtlich amüsiert der Bayer.

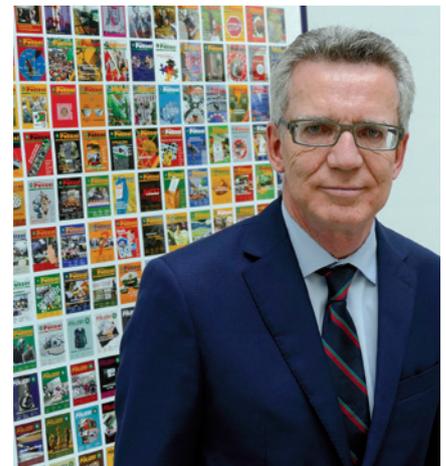
DEUTSCHE POLIZEI stand indes nicht nur mit ihren „witzigen“ Handfesseln Souvenirjägern auf ihren Beute(l)zügen zur Verfügung, sondern auch mit allerlei Auskünften interessierten Bürgern – ebenso wie die Deutsche Presseagentur (dpa), die Deutsche Welle, das Inforadio vom Rundfunk Berlin-Brandenburg, „DIE WELT“, der Berliner Verlag und das Deutschlandradio.

Was vielen Besuchern unbekannt war, ist, dass die Bundespressekonferenz als Verein politischer Hauptkorrespondenten, Politiker zu sich in den Saal mit der aus den Fernsehnachrichten bekannten blauen Wand einlädt. Das sei auf der Welt einmalig, sagte der BPK-Vorsitzende und „Rheinische-Post“-Korrespondent Dr. Gregor Mayntz. **mzo**



Linken-Politiker Dr. Gregor Gysi vor seiner „Bürger“-Pressekonferenz im TV-Interview. Fotos (2): Zielasko

Bevölkerung eine präzise Polizei in der Öffentlichkeit wünscht, vielen Menschen die zunehmende Gewalt gegen die Polizei große Sorgen macht und den Stellenwert des Profi-Fußballs in Deutschland für deutlich überbewertet hält. Kontroverse Diskussionen ergaben sich aus der oft geäußerten Meinung, die Fußballclubs sollten – ganz nach aktuellem Bremer Vorbild – Kosten polizeilicher Fußballereinsätze tragen. Die vorgetragenen GdP-Gegenargumente ließen jedoch eine erkleckliche Anzahl der Diskutanten ins Grübeln geraten, andere sich überzeugen.



Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière am GdP-Stand.



## VERANSTALTUNG



Die berühmte „Blaue Wand“ aus den Fernsehnachrichten.



BPK-Vorsitzender Dr. Gregor Mayntz leitet durch die Pressekonferenz mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière.



Grünen-Politiker Dr. Anton Hofreiter hatte auch Fragen nach seiner Frisur zu beantworten. Fotos (4): Zielasko



DP-Redakteur Wolfgang Schönwald im Gespräch mit interessierten Bürgern.



# Kennzeichen für Probe-, Prüfungs- und Überführungsfahrten

Von Ewald Ternig, Dozent VR/VL, Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz

**Zum 1. April (BGBl. I, 2014, S. 1666 (1675)) wurde Paragraph 16 Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV), der sich bis dato mit roten Kennzeichen und Kurzzeitkennzeichen beschäftigte, geändert. Diese Bestimmung gilt seitdem nur noch für rote Kennzeichen. Kurzzeitkennzeichen werden nunmehr in Paragraph 16 a FZV behandelt, der neu eingefügt wurde. Ein Grund der Änderung war, dass nach Medienberichten Behörden mit „Kurzzulassungen“ Kasse machten.**

## Paragraph 16 FZV

Diese Bestimmung, die sich wie bisher mit Prüfungs-, Probe- und Überführungsfahrten (Paragraph 2, Nr. 23-25 FZV) beschäftigt, wird in der Form geändert, dass all das, was mit Kurzzeitkennzeichen zusammenhängt, aus der Bestimmung entfernt wird. Sie gilt nur noch für rote Kennzeichen.

## Paragraph 16 a FZV

Zunächst gilt es festzuhalten, dass

das Kurzzeitkennzeichen nur noch für Probe- und Überführungsfahrten (Paragraph 2 Nr. 23, 25 FZV) eingesetzt werden darf. Weitere wesentliche Änderung ist, dass das Fahrzeug einem genehmigten Typ entsprechen muss oder eine Einzelgenehmigung erteilt ist. Liegt diese Voraussetzung nicht vor, dürfen nur Fahrten durchgeführt werden, die mit der Erlangung einer neuen Betriebserlaubnis in Zusammenhang stehen und zwar zur nächst gelegenen Begutachtungsstelle im Bezirk der Zulassungsbehörde, die das Kennzeichen zugeteilt hat, oder einen angrenzenden Bezirk. Liegt jedoch der Termin zur Durchführung der Hauptuntersuchung (HU) oder Sicherheitsprüfung vor dem Ablauf der Gültigkeit des Kurzzeitkennzeichens, dürfen abweichend von Satz 1 ohne einen Nachweis der durchgeführten Untersuchung nur Fahrten zur nächstgelegenen Untersuchungsstelle im Zulassungsbezirk und zurück durchgeführt werden. Wird das Fahrzeug bei der Untersuchung nicht als mängelfrei angesehen, dürfen auch Fahrten zur unmittelbaren Reparatur festgestellter erheblicher oder geringer Mängel in eine geeignete Einrichtung im Zulassungsbezirk oder einem angrenzenden Bezirk und zurück durchgeführt werden. Auf verkehrsunsichere Fahrzeuge trifft diese Ausnahme nicht zu. Die Beschränkungen sind im Fahrzeugschein für Kurzzeitkennzeichen zu vermerken.

Bisher hatte der Antragsteller für ein solches Kennzeichen die Angaben zum Fahrzeug unverzüglich vollständig und in dauerhafter Schrift in den Fahrzeugschein einzutragen. Man konnte also ein solches Kennzeichen beantragen, weil man irgend

ein Fahrzeug erwerben wollte, ohne genau zu wissen, welches es denn sein wird. Dies wurde geändert. Paragraph 16 a Abs. 2 FZV hält dazu nun fest, die örtlich zuständige Zulassungsbehörde hat bei Bedarf ein Kurzzeitkennzeichen zuzuteilen und einen auf den Antragsteller ausgestellten Fahrzeugschein für Fahrzeuge mit Kurzzeitkennzeichen auszufertigen. Nun muss die Behörde die Eintragungen vornehmen.

Das Kennzeichen darf nur für Probe- und Überführungsfahrten (Paragraph 2 Nr. 23, 25 FZV) genutzt werden. Vom Grundsatz ist allerdings eine Typ- oder Einzelgenehmigung des Fahrzeugs erforderlich. Sollte der Termin der HU innerhalb der maximal möglichen fünf Tage (Paragraph 16 a Abs. 3 FZV) liegen, dürfen nur Fahrten zur Untersuchungsstelle und regelmäßig zurück durchgeführt werden. Das Kennzeichen darf nur an einem Fahrzeug genutzt werden.

## Mögliche Ordnungswidrigkeiten

Das Fahrzeug wird zu einem Zweck benutzt, der nicht Probe- oder Überführungsfahrt ist. Der Ordnungsgeber hat hierzu den Bußgeldkatalog geändert und Lfd. Nr. 181 a in der Form gefasst, dass ein Betroffener, der ein Kurzzeitkennzeichen für andere als Probe- oder Überführungsfahrten verwendet, mit einem Verwarnungsgeld von 50 Euro geahndet wird. Das Oberlandesgericht Düsseldorf (16.09.2011, III-3 RBs 143/11) hatte 2011 zu einer zweckentfremdeten Nutzung festgestellt: Die Benutzung eines mit rotem Kennzeichen oder Kurzzeitkennzeichen versehenen Fahrzeugs auf öffentlichen Straßen zu anderen als im Paragraph 16 Abs. 1 FZV genannten Zwecken (Prüfungs-, Probe- und Überführungsfahrten) stellt wie bereits unter Geltung der StVZO ein Inbetriebsetzen ohne die erforderliche Zulassung und damit eine Ordnungswidrigkeit dar. Auch wenn der Ordnungsgeber den Paragraph 16 FZV nach der Entscheidung geändert hatte, dürfte für den Verfasser weiter-

## Reise & Erholung



**wasser-craft**  
rafting canyoning oetzal

**Sommer Abenteuer bei uns**  
TOP ANGEBOT  
Canyoning & Raftingtour  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 ÜF / Pension, DU-WC  
Preis pro Person ab € 161  
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetzal.at  
www.rafting-oetzal.at  
Telefon: 0043 5252 6721

**Sauerland,**  
komf. Ferienhaus zu vermieten.  
www.ferienhaus-cordes.de, Tel. 0 27 21/8 07 47

**Bayerischer Wald,** komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7 118, www.ferienwohnung-gammer.de

**Franken bei Bamberg,** eigene Metzgerei.  
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,  
HP 5 Tage ab 159,- €, Gruppenangebote an-  
fordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-  
urlaub.de

**MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT**  
Ab € 79,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05  
www.mauritius-traumvilla.de





**Gelbes Kurzzeitkennzeichen.**



**Rotes Ausfuhrkennzeichen.**

**Fotos (2): Markus Scholz/dpa**

hin tateinheitlich ein Verstoß gegen Paragraph 3 Abs. 1 FZV vorliegen. Diese Ordnungswidrigkeit wird mit einem Bußgeld von 60 Euro geahndet und die Person erhält gemäß Anlage 13 zur FeV einen Punkt im Fahreignungsregister.

**W**eitere Ordnungswidrigkeiten sind im Bußgeldkatalog unter der laufenden Nr. 181 b, Kurzzeitkennzeichen einer anderen Person zur Nutzung an einem anderen Fahrzeug überlassen, 50 Euro und unter der Ziffer 182, Kurzzeitkennzeichen an nicht nur einem Fahrzeug verwendet, 50 Euro, niedergeschrieben.

### Mögliche Straftaten

Stellt sich die Frage, ob eine Verwendung des Kurzzeitkennzeichens an mehreren Fahrzeugen nicht auch eine Straftat sein kann. In Betracht käme Paragraph 22 Straßenverkehrsgesetz (StVG), eventuell auch Paragraph 267 Strafgesetzbuch (StGB). Bei einer Literatur-Recherche konnte keine Entscheidung gefunden werden, die sich mit Urkundenfälschung beziehungsweise Kennzeichenmissbrauch und Kurzzeitkennzeichen beschäftigt. Hier muss somit weiter zurückgegangen werden. Es gab rote Kennzeichen für Händler, wie man sie heute noch kennt, die mit „06“ beginnen. Rote Kennzeichen für Privatpersonen hatten als erste Ziffern in der Regel „04“, in Einzelfällen „03“. Kurzzeitkennzeichen wurden eingeführt, weil Privatpersonen häufig ihre roten Kennzeichen, mit „04“- beginnend, nicht bei der Zulassungsbehörde zurückgaben. Mit der Einführung der Kurzzeitkennzeichen blieb der Nutzungszweck derselbe, aber die Kenn-

zeichen mussten nicht bei der Behörde zurückgegeben werden, denn nach der maximal fünftägigen Nutzungsdauer werden sie ungültig. Der Ablauftag ist auf dem Kennzeichen zu lesen.

**W**as sagte der Bundesgerichtshof (BGH, Urteil vom 14.5.1987, 4 StR 49/87) zu roten Kennzeichen und der Urkundenfälschung beziehungsweise dem Kennzeichenmissbrauch? Wer ein rotes Kennzeichen (für Prüfungs-, Probe- und Überführungsfahrten) unberechtigt verwendet, macht sich nicht der Urkundenfälschung schuldig; er kann sich aber wegen Kennzeichenmissbrauchs strafbar machen. Hier wurde ein seit zwei Monaten ungültiges Kennzeichen an ein Fahrzeug angebracht und im öffentlichen Verkehrsraum von einem Mitarbeiter des Inhabers des roten Kennzeichens genutzt. Der BGH führte aus: Die Abstempelung des roten Kennzeichens ist nicht Teil eines Zulassungsverfahrens für ein bestimmtes Fahrzeug. Sie dient nur dazu, das betreffende Kennzeichen als von der Zulassungsstelle herrührend auszuweisen. Daher findet auch eine Entstempelung – wie beim gewöhnlichen Kennzeichen gemäß Paragraph 27 Abs. 1 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) – nicht statt, wenn das rote Kennzeichen von einem Fahrzeug entfernt wird. Einer Einstufung als zusammengesetzter Urkunde steht auch entgegen, dass dieses – wiederum anders als gewöhnliche Kennzeichen am Fahrzeug nicht fest angebracht zu sein braucht. Die danach zulässige Befestigung mittels Riemen, Schnur, Gummibändern oder Magneten schafft ein bloßes Bezogensein beider Teile aufeinander im Sinne funktionaler Zusammengehörigkeit, nicht jedoch die

für eine zusammengesetzte Urkunde erforderliche räumlich feste Verbindung zu einer Beweiseinheit. Mag dem gegenüber bei den roten Kennzeichen zur einmaligen Verwendung die Zuordnung zu einem bestimmten Fahrzeug auch für die Zulassungsstelle von vornherein feststehen, so erscheint eine unterschiedliche Einstufung hinsichtlich der Frage der Urkundenqualität im Sinne Paragraph 267 StGB dennoch nicht gerechtfertigt. Denn die Unterscheidung zwischen einmaliger und wiederkehrender Verwendung ergibt sich wegen der äußerlich identischen Ausgestaltung der Schilder nicht aus den Kennzeichen selbst, sondern aus dem Verwaltungsakt der Zuteilung seitens der Behörde. Die Verurteilung des Angeklagten wegen Urkundenfälschung gemäß Paragraph 267 StGB im Hinblick auf die Verwendung der roten Kennzeichen kann daher nicht bestehen bleiben.

**D**arauf verwies der BGH (11.2.2014, 4 StR 437/13) auch im vergangenen Jahr. Wenn man diese Entscheidung mit dem neuen Verordnungstext vergleicht, dürfte bei einer Nutzung des Kennzeichens an zwei Fahrzeugen eine Urkundenfälschung in Betracht kommen. Zunächst einmal werden die Daten zur Person und zum Fahrzeug von der Behörde in der Zulassungsbescheinigung für Kurzzeitkennzeichen eingetragen. Das war zuvor anders. Zudem unterscheiden sich die Kennzeichen natürlich. Damals gab es zwar auch eine Unterscheidung in Bezug auf die beiden ersten Ziffern, im Grunde sahen sie jedoch identisch aus. Blicke nur noch die nicht feste Anbringung am Fahrzeug, die nach Paragraph 16 a V FZV in Verbindung mit



Paragraf 16 V FZV erlaubt ist. Das sah der BGH als Voraussetzung an. Im Folgesatz geht er jedoch auf die Kennzeichen zur einmaligen Verwendung ein. Die Kurzzeitkennzeichen sind mit den roten Kennzeichen nicht mehr identisch. Sie werden in unterschiedlichen Bestimmungen behandelt, sind für unterschiedliche Zwecke nutzbar und die Anwendungsvoraussetzungen sind andere. Daher dürfte für den Verfasser die Möglichkeit der zusammengesetzten Urkunde in Betracht zu ziehen sein. Die Behörde trägt das Fahrzeug in die Zulassungsbescheinigung mit dem entsprechend genannten Kennzeichen ein. Wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass es keine Urkunde ist, bleibt Paragraf 22 StVG. Dies kann der Fall sein, wenn das ungültige Kennzeichen an das Fahrzeug angebracht wird beziehungsweise auch dann, wenn es an zwei Fahrzeugen angebracht war. Dazu hat das Bayerische Oberlandesgericht (BayObLG, 16.4.1993, 1 St RR 9/93) entschieden: Hier war ein rotes Kennzeichen zeitgleich an zwei Fahrzeugen angebracht. Dies sahen die Richter als Kennzeichenmissbrauch an. Das Gericht macht deutlich, dass die roten Kennzeichen für mehrere Fahrzeuge gedacht sind, allerdings zeitlich gesehen immer nur für ein Fahrzeug. Die Kurzzeitkennzeichen sind nur für ein Fahrzeug ausgegeben, daher dürfte, wenn schon keine Urkundenfälschung angenommen wird, von einem Kenn-

**Kontrolle von Halter- und Fahrzeugdaten bei einer zivilen Überwachungsmaßnahme.**

**Foto: Armin Weigel/dpa**



zeichenmissbrauch ausgegangen werden, denn das Fahrzeug wird im Sinne des Paragraf 22 Abs. 1 Nr. 1 StVG mit einem Zeichen versehen, das geeignet ist, den Anschein amtlicher Zulassung hervor zu heben, obwohl (in der Regel) ein amtliches Kennzeichen nicht ausgegeben ist oder wenn dies der Fall wäre, Nr. 2 mit einer anderen als der amtlich für das Fahrzeug ausgegebenen oder zugelassenen Kennzeichnung versieht. Bezogen auf die nicht feste Anbringung und Paragraf 22 StVG stellt das Oberlandesgericht Hamburg (24.5.1994, 1 Ss 40/94) fest: Nach Paragraf 22 Abs. 1 Nr. 1 StVG ist ein Kfz mit einem Zeichen versehen, wenn dieses dem Fahrzeug in einer Weise räumlich zugeordnet ist,

dass ein objektiver Beobachter daraus regelmäßig den Schluss zieht, es handle sich dabei um das amtliche Kennzeichen, mit dem die Straßenverkehrsbehörde gerade dieses Fahrzeug zum öffentlichen Verkehr zugelassen hat. Ein Anbringen, durch Herstellen einer technischen Verbindung zwischen den Kennzeichen und dem Fahrzeug ist hierzu nicht erforderlich. Hier war das amtliche, nicht rote Kennzeichen, hinter die Frontscheibe beziehungsweise auf die Stoßstange gelegt worden.

**W**as ist mit den Kennzeichen, die nach den fünf Tagen weiterhin genutzt werden? Hier sei auf Entscheidungen aus Bayern und Hamburg ver-

## Kapitalmarkt

<p>■ <b>Beamendarlehen</b> 10.000 €-120.000 €</p> <p>■ Extra günstige Kredite für Sparfüchse</p> <p>■ Umschuldung: Raten bis 50% senken</p> <p>■ Baufinanzierungen gigantisch günstig</p> <p><b>0800 - 1000 500</b> Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. <b>Seit über 35 Jahren.</b></p>	<p><b>Deutschlands günstiger Autokredit</b></p> <p><b>2,77%</b> effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p><a href="http://www.Autokredit.center">www.Autokredit.center</a></p>	<p><b>AK FINANZ</b></p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</p>	<p><b>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</b></p> <p>Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mit Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.</p>
--	---	--	---

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen**

**Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 02 31/9 14 51 45

**!SOFORTKREDITE!**

vermittelt  
**PECUNIA GmbH seit 1980**  
**Tel. 02 01/22 13 48**

Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr  
**Ohne Auskunft bis 10.000 €.**

45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**Caritas international**  
[www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de)  
Spendenkonto 202 753  
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75

**Diakonie Katastrophenhilfe**  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Diakonie Katastrophenhilfe**

[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**120 JAHRE NÜRNBERGER**

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**  
[www.1a-Beamtdarlehen.de](http://www.1a-Beamtdarlehen.de)

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholz  
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseko



wiesen, die auch schon älter sind. Bleibt das Kennzeichen über die fünf Tage an dem Fahrzeug, würde man es nicht mit einem entsprechenden Zeichen versehen. In Betracht käme für den Fall ein Verstoß gegen das Pflichtversicherungsgesetz (PflVersG) und natürlich Tateinheitlich auch ein Verstoß gegen Paragraph 3 FZV. Im Fall des BayObLG (7.2.1980, St 474/79) war es so, dass ein abgemeldetes Kennzeichen wieder am Fahrzeug angebracht wurde, dies hatte somit nichts mit Kurzzeitkennzeichen oder roten Kennzeichen zu tun. Trotzdem sagt das Gericht, dass den Tatbestand des Paragraph 22 StVG nicht verwirklicht, wer die entstempelten amtlichen Kennzeichen an dem nur vorübergehend still gelegten Kraftfahrzeug (Kfz), für das sie ausgegeben sind, wieder anbringt. Das Oberlandesgericht Hamburg (30.3.1960, Ss 296/59) führt aus: Wer ein ungültig gewordenes Kennzeichen an seinem Fahrzeug belässt, versieht es nicht mit einem falschen Kennzeichen. Hier nutzte die Person ungültig gewordene rote Kennzeichen, lies diese aber

am Fahrzeug. Für das Gericht lag kein Versehen mit einem Kennzeichen vor, denn es war schon vor der Ungültigkeit am Fahrzeug angebracht.

**E**s sind somit Straftatbestände rund um die fehlerhafte Nutzung der Kurzzeitkennzeichen möglich. Es ist, insbesondere mit der Nutzung der Kennzeichen an mehreren Fahrzeugen, von Straftatbeständen der Urkundenfälschung oder aber des Kennzeichenmissbrauchs als Auffangtatbestand auszugehen. Dass der Ordnungsgeber hierfür ein Verwarnungsgeld vorgesehen hat, sollte der Richter ein strafbares Verhalten nicht erkennen, ist für den Verfasser nicht nachvollziehbar.

### **Pflichtversicherungsgesetz/Ver-sicherungsvertragsgesetz**

Einfach dürfte es sein, wenn das Fahrzeug länger genutzt wird, als die fünf Tage, die auf dem Kennzeichen und in dem Fahrzeugschein für

Fahrzeuge mit Kurzzeitkennzeichen genannt sind. Hier dürfte ein Verstoß gegen die Paragraphen 1, 6 PflVersG vorliegen.

Bezogen auf das Versicherungsvertragsgesetz ist eine Entscheidung des Oberlandesgericht Stuttgart (22.10.2014, 3 U 36/14) von Interesse. Hier wurde das Kennzeichen einer Person weitergegeben (online vertrieben). Das Gericht führt aus: Allein mit der Weitergabe eines Kurzzeitkennzeichens gemäß Paragraph 16 Abs. 2 FZV in der Fassung vom 25.07.2009 durch den Versicherungsnehmer oder den im Haftpflichtversicherungsschein eingetragenen Halter an einen Dritten, dessen Fahrzeug keinen Bezug zum Versicherungsnehmer oder Halter hat, geht der Versicherungsschutz aus dem im Zusammenhang mit der Erteilung des Kurzzeitkennzeichens abgeschlossenen Haftpflichtversicherungsvertrag nicht auf den Dritten über. Auch das Oberlandesgericht Hamm (7.12.2012, I-9 U 117/12, 9 U 117/12) trifft Aussagen zur Haltereigenschaft bei Kurzzeit-

Anzeige

# SCHULUNGEN für Polizeibehörden

In der familiengeführten Gauselmann Gruppe mit Sitz in Ostwestfalen wurde die Notwendigkeit, sowohl Polizei als auch Finanzbehörden bei der Bekämpfung von Betrugsdelikten an Automaten bestmöglich zu unterstützen, schon vor mehr als zwei Jahrzehnten erkannt und entsprechend gehandelt. So wurde innerhalb der Unternehmensgruppe ein Sonderressort eingerichtet. Rüdiger Schink leitet heute den Sonderbereich. Seit sechs Jahren ist er auf das Thema Manipulationsprävention spezialisiert. Als Schulungsreferent hat er sein Expertenwissen in zahlreichen Seminaren zum Thema Kriminalität beim gewerblichen Spiel bereits bundesweit an Beamte von Ermittlungsbehörden vermittelt. Darüber hinaus berät und unterstützt er die Polizei bei Manipulationsangelegenheiten aller Art, etwa bei Razzien oder bei der Erstellung von Gutachten. Auch vor Gericht ist er als Sachverständiger bereits mehrfach im Einsatz gewesen.

Die Seminare für Ermittlungsbehörden sind generell kostenlos. Neben allgemeinen Informationen zum Thema Manipulation werden in den Veranstaltungen überdies die rechtlichen Rahmenbedingungen der Spielverordnung vermittelt. Darüber hinaus gibt es einen Praxisteil direkt am Geldspielgerät sowie eine Anleitung zum Auswerten des so genannten „Auslesestreifen“. Die ca. 4-stündigen Veranstaltungen finden nach Absprache meistens bei den jeweiligen Behörden vor Ort statt. Individuelle Terminwünsche können direkt mit Rüdiger Schink unter Telefon 05741 273-264, per Fax 05741 273-8925 oder per Mail [rschink@gauselmann.de](mailto:rschink@gauselmann.de) abgestimmt werden.

Besuchen Sie ebenfalls unseren Informationsstand auf den Polizeitagen in Hamburg am 07.12.2015 sowie auf dem 19. Internationalen Polizeikongress in Berlin am 23. + 24.02.2016.



**Die SPIELMACHER**  
GAUSELMANN

Merkur-Allee 1-15 · 32339 Espelkamp · Telefon 05772 49-0 · [www.gauselmann.de](http://www.gauselmann.de)



**VORSICHT  
IM NETZ!**



**www.PolizeiDeinPartner.de**

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**POLIZEI  
DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps  
hierzu auf dem **Präventionsportal**  
der Gewerkschaft der Polizei

kennzeichen und zum Versicherungsrecht. Laut Gericht ist Halter im Sinne des Paragraphen 7 Abs. 1 StVG, wer ein Kraftfahrzeug im Unfallzeitpunkt im eigenen Namen für eigene Rechnung im Gebrauch hat und die Verfügungsgewalt über das Kraftfahrzeug ausübt. Hatte der Empfänger eines Kurzzeitkennzeichens, mit dem das im Unfallzeitpunkt geführte Fahrzeug in Betrieb genommen wurde, das Fahrzeug weder für eigene Rechnung in Gebrauch noch hierüber zu irgendeinem Zeitpunkt Verfügungsgewalt, so begründet allein die Erteilung des Kennzeichens keine Haltereigenschaft. Ein mit einem Kurzzeitkennzeichen in Betrieb gesetztes Kraftfahrzeug ist von dem Versicherungsvertrag über ein Kurzzeitkennzeichen auch erfasst bei Weitergabe des Kennzeichens durch den Versicherungsnehmer (VN) an einen Dritten und Nutzung des Fahrzeugs zu anderen als Prüfungs-, Probe- und Überführungsfahrten. Zur Weitergabe eines Kurzzeitkennzeichens und dem Versicherungsschutz stellt das Landgericht Nürnberg-Fürth (14.3.2012, 8 S 6486/11) fest: Die Kfz-Haftpflichtversicherung kann aus einem Kurzzeitkennzeichen auch dann direkt in Anspruch genommen werden, wenn der Versicherungsnehmer das Kurzzeitkennzeichen an einen Dritten weitergibt und von diesem an ein nicht vom Versicherungsnehmer gehaltenes Kraftfahrzeug angebracht wird.

Rund um die Verwendung roter Kennzeichen stellt das Oberlandesgericht Frankfurt am Main (13.10.1995, 10 U 26/94) fest: Wird das rote Kennzeichen für eine Fahrt verwendet, die nicht einem gemäß Paragraph 28 StVZO (heute: Paragraph 16 FZV) erlaubten Zweck dient, so liegt hierin ein Verstoß gegen die Verwendungsklausel des Paragraph 2 Abs. 2 AKB, die eine vor Eintritt des Versicherungsfalls erfüllende Obliegenheit des VN darstellt. Allerdings führt für das Oberlandesgericht Hamm (18.12.2006, 2 Ss 533/06) allein der Umstand, dass jemand ein mit einem sogenannten roten Kennzeichen versehenes Kraftfahrzeug keine Probe- oder Überführungsfahrt durchführt, sondern eine Einkaufsfahrt, nicht zur Verwirklichung des Straftatbestands der Paragraphen 1, 6 PflVersG.

Abschließend kann festgestellt werden, dass rund um die Änderung des Paragraph 16 FZV und der Schaffung des Paragraph 16 a FZV in der Praxis Fälle denkbar sind, in denen die Straftatbestände des Paragraph 267 StGB, Paragraph 22 StVG und der Paragraphen 1, 6 PflVersG erfüllt werden.



**Im Blickpunkt die Flüchtlingskrise: Ende August trafen sich zwei Kollegen der dänischen Polizeigewerkschaft „Dansk Politi“ mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Jörg Radek, um insbesondere Informationen über den Umgang der deutschen Polizeibehörden mit den Flüchtlingen zu erhalten. Unsere dänischen Gäste Nicolai Scharling (m.) und Tania Kejser hier beim Interview mit dem GdP-Vize in der Berliner Bundesgeschäftsstelle.**  
Foto: Zielasko



Foto: Tania Kejser

**Internationaler Austausch: Am zweiten Tag des Besuchs stand eine Führung durch die Wache der Bundespolizei auf dem Berliner Hauptbahnhof, ein Fachgespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Wache, Polizeioberrat Hendrik Flohr sowie eine Besichtigung des Außenlandes der zentralen Berliner Flüchtlings-Registrierung auf dem Programm.**

*Ausschnitt der Berichterstattung in der „DANSK POLITI“.*

StadInfo Verlag  
Stadtplan BERLIN

**TYSK POLITI I KNÆ PÅ GRUND AF FLYGTNINGESTRØM**

De danske politifolk har været på arbejde i Berlin i forbindelse med deres besøg på den tyske politistation. De har været med til at se på de nye teknologier og de nye metoder til at håndtere flygtningestrømmen. De har også været med til at se på de nye metoder til at håndtere flygtningestrømmen.

Medier og terror frygt  
Men debatten er nødvendig, mener vicepræsident Jörg Radek.  
Han efterlyser en debat om, hvad den offentlige sektor kan lære, uden at samfundet bryder sammen. For uanset hvad, så er der mange mennesker med brug for hjælp og opbakning, som landet har. Uanset hvad, landet kræver et samarbejde, især og alle afledte opgaver fra de offentlige ansatte som i forvejen skal holde hele samfundet kørende. Og hvis man ser på politik, som er Radeks område, betyder det også en lang række økonomiske og humanitære situationer, mødetagning, transport, undersøgelse, trykindsbæltet med meget mere.

Jörg Radek, vicepræsident i den tyske politiforbund GdP, blev interviewet af flygtningeregistreringens leder.

Denne dag har Radek givet 15 interviews. På etagen nedenunder venter Tysklands største tv-station ARD for at forhøre Radek om problemstillingen med flygtningestrømmen og den offentlige sektor. For nogle af de tyske tog. Skal der være politifolk og vagter i alle de tyske tog? Alt bliver en mediehistorie, som alle har en mening om.  
Jörg Radek efterlyser igen og igen ideer omaget bevægelse og politivagter i alle tog - over for tv, aviser og digitale medier.  
Allene er løsninger, hvilket ville være absurd. Og det er heller ikke nødvendigt.  
Tysk politi har i forvejen nok at se til. Og nu starter flygtningeregistreringen, hvor udvalgte hollandske, held med i dem fremtids tyske, træner økonomiske vækster på politiets tid.

Intet overblik  
Og politik er ifølge Radek ikke en s. Udfordringen har været hele den offentlige sektor. Det har været fagligheden.  
For administratoren, der skal varetage sagen, behandlingen af den enkelte flygtning, betyder det blandt andet, at man reelt ikke er i stand til at afgøre, om flygtninge er flygtninge eller blot indvandrere, som er sagt med i strømmen. Eurostars opgaver bliver blandt andet, at en mandant del af migration i Europa lige nu reelt ikke er flygtninge. Men screeningen er umulig. Der er nok at gøre med bare at få registreret asylansøgere og få dem henvist til at stå på venteliste. Det vil komme, at efterforskningsinstansen har ansat og advaret om, at der i flygtningestrømmen kan gemme sig flere hundrede af IS-krigere.



# STANDARDMASSNAHMEN IM ERMITTLUNGSVERFAHREN

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 21

Von **Detlef Averdiek-Gröner** und **Christoph Frings**.



1. Auflage 2014

**Umfang:** 160 Seiten,

**Format:** 17 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

**ISBN** 978-3-8011-0741-3

**VDP eBook**

**Format:** EPUB, Mobipocket

**Preis:** 12,99 € [D]

Das Ermittlungsverfahren und die damit verbundenen Standardmaßnahmen bieten sowohl im täglichen Dienst als auch in der Aus- und Fortbildung vielfältige rechtliche und praktische Problemstellungen. Als Standardmaßnahmen im Ermittlungsverfahren haben sich seit Langem die Durchsuchung und Beschlagnahme, die vorläufige Festnahme, die erkennungsdienstliche Behandlung sowie die Vernehmung und die Wiedererkennungmaßnahmen etabliert. Seit einiger Zeit gilt zudem die Entnahme von Körperzellen – bei Vorliegen der entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen – als eine solche Standardmaßnahme.

Ausgehend von einem Leitsachverhalt werden diese Maßnahmen von den Autoren in diesem Lehr- und Studienbrief ausführlich dargestellt und anhand dieses Sachverhaltes erläutert. Die Verfasser geben einen Überblick über rechtliche Rahmenbedingungen, kriminaltaktische Problemstellungen und erfolgskritische Umstände. Weiterhin berücksichtigen sie auch ausgewählte einsatzrelevante und eingriffsrechtliche Aspekte.

Übersichten gewährleisten einen schnellen Überblick über die Tatbestandsvoraussetzungen einschlägiger Eingriffsbefugnisse und stellen die idealtypischen Abläufe in der praktischen Umsetzung dar. Abschließend finden sich zu den denkbaren klausurtypischen Fragestellungen entsprechende Lösungsskizzen.



## DIE AUTOREN

*Detlef Averdiek-Gröner, Polizeidirektor*

*Christoph Frings, Kriminaldirektor*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
[www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

**d Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)**

# Bundesseniorenvorstand tagte

**Die diesjährige Seniorenreise nach Rhodos ist ausgebucht – und das bedeutet für die GdP-Service-GmbH NRW, die die Reise im Auftrag des GdP-Bundesseniorenvorstandes durchführt, eine organisatorische Herausforderung bei rund 400 Teilnehmern. Auch im kommenden Jahr soll wieder ein entsprechendes Angebot gemacht werden: im Oktober an die Türkische Riviera. Für 2017 plant der Bundesseniorenvorstand (BSV) einen eigenen GdP-Seniorentag. Die Beteiligung des BSV am 11. Deutschen Seniorentag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) im Juli in Frankfurt wurde intensiv analysiert. Den Landesseniorenvorsitzenden aus Bayern, Günter Klinger, und aus Hamburg, Klaus-Peter Leiste, konnte jeweils zu ihren 70. Geburtstagen gratuliert werden.**

Die Reise-Angebote der GdP für ihre Senioren haben eine lange Tradition. Obwohl die Anreise von verschiedenen deutschen Flughäfen und die Unterbringung der rund 400 Reisenden in einem Hotel zu einer immer größeren Herausforderung für die veranstaltende GdP-Service-GmbH NRW geworden ist, konnte die Tour nach Rhodos unter Dach und Fach gebracht werden. Auch kommendes Jahr will sich der Reise-Service der GdP NRW dieser Aufgabe stellen und legte ein Angebot für eine Reise im Oktober 2016 an die Türkische Riviera vor. Der BSV besprach mit dem verantwortlichen Geschäftsführer der GmbH noch Details für die diesjährige Reise, wobei es vor allem um die besonderen Belange von Senioren in der Hotelanlage ging. Den Vorschlag für 2016 nahm der BSV zur Kenntnis; der GdP-Bundesseniorenvorstand wird darüber entscheiden.

## Dank für Mitarbeit beim Seniorentag

Ausführlich wurde die Teilnahme

des BSV am 11. Deutschen Seniorentag der BAGSO im Juli 2015 in Frankfurt erörtert. (Ein ausführlicher Bericht war in der September-Ausgabe von DEUTSCHE POLIZEI zu lesen.) Die Beteiligung wurde als positiv und gelungen bewertet und der Bundesseniorenvorstand sprach allen mitwirkenden Kollegen der Seniorengruppe Hessen, vom Bundesseniorenvorstand, den Teilnehmern an der Podiumsdiskussion, und vor allem dem Gewerkschaftssekretär Horst Müller und seinen Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die die erstmalige Beteiligung der Seniorengruppe (Bund) am Seniorentag perfekt vorbereitet hatten, seinen ganz besonderen Dank aus. Aus Sicht des Bundesseniorenvorstandes: Gerne wieder beim 12. Deutschen Seniorentag in drei Jahren.

Horst Müller berichtete auch, dass der Geschäftsführende Bundesvorstand positiv zur Kenntnis genommen habe, dass der BSV im Jahre 2017 einen eigenen GdP-Seniorentag veranstalten wolle. Entsprechende Vorplanungen hätten bereits begonnen.

Im Rahmen der Sitzung konnten die Vorstandsmitglieder und mit ihnen der

im Geschäftsführenden Bundesvorstand für die Seniorengruppe zuständige Jörg Radek als stellvertretender Bundesvorsitzender zwei Kollegen zu „runden“ Geburtstagen gratulieren: Trotz ihres Alters von 70 Jahren setzen sich die Landesvorsitzenden Klinger und Leiste weiterhin sehr aktiv für die Belange der Kolleginnen und Kollegen ein. Radek würdigte dies ausführlich während seiner Gratulation. Beiden Kollegen an dieser Stelle nochmals die besten Wünsche für die weitere Zukunft.

H.W. Fischer



**Betreuung des Info-Stands – eine von zehn „Schichten“... (v.l.) Peter Schürumpf (Vorsitzender Seniorengruppe -SG- Bundespolizei), Winfried Wahlig (Bundesseniorenvorsitzender und Vorsitzender SG BKA), Horst Müller (Gewerkschaftssekretär in der Bundesgeschäftsstelle).**



**Geburtstage BSV: „Runde“ Siebziger: (v.r.n.l.) Klaus-Peter Leiste (Hamburg) und Günter Klinger (Bayern), noch im Bild Jörg Radek, Stellv. Bundesvorsitzender, und Winfried Wahlig, Bundesseniorenvorsitzender**  
Foto: Zielasko

**Podiumsdiskussion „Sicher leben im Alter“: (v.l.) Moderator Wolfgang Degen, Polizeihauptkommissarin Stefanie Corporan Romero, Ute Glasemann, Vorsitzende einer Frankfurter Initiative gegen Gewalt im Alter, Stellvertretender GdP-Bundesseniorenvorsitzender Jörg Radek**  
Fotos (2): H.W. Fischer



# forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps  
Neues aus der Wissenschaft  
Gewalt an Schulen  
Jugenddelinquenz  
Erziehung und Pädagogik  
Kommunale Prävention  
Einbruchsprävention  
Sicherheitstechnik  
Prävention in Europa  
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –  
**forum kriminalprävention** für nur

**19,-€**  
jährlich,  
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de) (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststr. 3a • 40721 Hilden  
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

## Angleichung der Renten überfällig

**Unter dem Motto „25 Jahre Deutsche Einheit: Rentenangleichung überfällig“ fand Mitte Juni der 6. Ostrentengipfel in Berlin statt. Dem Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Ländern gehören fünf Gewerkschaften, unter ihnen die Gewerkschaft der Polizei (GdP), und vier Verbände an. An der Veranstaltung nahmen 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil, darunter zahlreiche GdP-Mitglieder wie der Vorsitzende der Berliner Seniorengruppe der Bundespolizei, Gerhard Landgraf, der Landesseniorenvorsitzende Klaus Kulick und sein Vertreter Peter Müller sowie vom GdP-Bundesvorstand Alberdina Körner.**

„Jetzt ist es an der Zeit, den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Fahrplan für eine vollständige Angleichung der Rentenwerte endlich umzusetzen. Ein Gesetzgebungsverfahren für eine abschließende Regelung muss vor der nächsten Bundestagswahl erfolgen“, fordert das Bündnis für eine gerech-

keine Vereinheitlichung der Rentenwerte geben wird.

Im Hause der ver.di-Bundesgeschäftsstelle war erstmals auch der DGB mit der stellvertretenden Vorsitzenden Annelie Buntenbach vertreten. Sie machte deutlich, dass auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hinter

der Auswirkungen des Mindestlohns erfolgen. Bedenken zum Zeitfaktor wegen der 2017 anstehenden Bundestagswahl teilte sie nicht. Sie musste aber auch auf Nachfragen einräumen, dass die seit längerem geplante Bund-Länder-AG noch immer nicht gebildet worden ist. Hier machte sie allerdings die Zusage, dass bei der Bildung der AG das Bündnis beteiligt wird.

Ver.di-Vertreterin Eva Maria Welskop-Deffaa stellte das von der Dienstleistungsgewerkschaft erarbeitete Modell 2.0 zur Rentenanpassung vor, das die Grundlage der Forderungen des Bündnisses zur Rentenanpassung ist. Es sieht einen jährlichen Angleichungszuschlag vor, mit dem bis 2020 ein einheitlicher Rentenwert erreicht werden würde.

Zu diesem Modell folgte dann eine Diskussion mit Vertretern aus der Politik. Peter Weiß (CDU/CSU), Daniela Kolbe (SPD), Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) und Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) stellten dabei die grundsätzlichen Vorstellungen ihrer Parteien dar, zeigten aber aus ihrer Sicht auch Probleme und Schwierigkeiten bei der Umsetzung auf. Hierbei wurden insbesondere unterschiedliche Auffassungen in der Berechnung, für wie viel Einkommen es einen Rentenpunkt gibt, deutlich.

Adolf Bauer vom Sozialverband Deutschland (SoVD) brachte im Schlusswort seine Hoffnung zum Ausdruck, dass dies der letzte Ostrentengipfel gewesen sein könnte. Damit mahnte er gleichzeitig die Politik, endlich ihr gegebenes Wort einzulösen.

Mein persönliches Fazit: Die Aussagen auf diesem Ostrentengipfel lassen hoffen. Bis zur Einhaltung der gegebenen Zusagen jedoch gilt es, weiter zu kämpfen, für ein einheitliches Rentenrecht. Zu oft haben uns die Politiker bei diesem Thema in der Vergangenheit schon enttäuscht. Ich hoffe, dass sie endlich ihr gegebenes Wort einlösen, denn „ein geeintes Deutschland braucht ein einheitliches Rentenrecht“, wie Frank Bsirske zu Recht feststellte.

**Klaus Kulick,  
Landesseniorenvorsitzender Berlin**



**Klaus Kulick (l.) mit Seniorenvertretern.**

**Foto: Alberdina Körner**

te Rentenangleichung in den neuen Bundesländern und betont damit die Dringlichkeit einer politischen Lösung zur vollständigen Angleichung des Rentenwerts Ost an den der alten Länder. Trotz der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ab 2015 bleiben die Gehälter in den neuen Ländern noch hinter denen im Westen zurück. Damit mehren sich die Stimmen, dass es ohne Eingreifen der Politik auch

der Forderung für eine zügige Rentenangleichung steht. Damit setzte sie ein deutliches Zeichen zur Stärkung des Bündnisses.

Iris Glicke, Ostbeauftragte der Bundesregierung, unterstrich, dass die Koalition nach wie vor die Absicht habe, ein Konzept zur Angleichung der Renten bis 2020 zu erarbeiten. Im kommenden Jahr wird eine Überprüfung



# Stalking geht uns alle an!

Von Christine Doering

**„Stalking ist ein Massenphänomen, Sie können morgen neben jemandem beim Bäcker stehen und diese Person wird Sie für den Rest Ihres Lebens verfolgen.“ Dieser, vielleicht etwas reißerische Satz des Experten Jens Hoffman beschreibt recht gut, was Nachstellung eigentlich ist. Es kann jeden treffen, und es wird immer mehr.**

Seit 2002 gibt es in Deutschland das Gewaltschutzgesetz, das vor Gewalt und Belästigung schützen soll. Fünf Jahre später trat dann nach langer Diskussion endlich auch der Nachstellungsparagraf in Kraft, der es nun möglich machen sollte, auch die Tat des Stalkings selbst anzuzeigen und zu verurteilen. Leider machte sich schnell Ernüchterung breit, sowohl in Fach- als in Betroffenenkreisen. Der Paragraf umfasste zwar umfassend die Handlungen der Nachstellung. Leider war die Hürde für eine Verurteilung aber so hoch angesetzt worden, dass es Opfern praktisch nicht möglich war, sich tatsächlich gegen die Täter zu wehren.

Der Paragraf war damals lediglich

Täters strafbar sind. Grundsätzlich sah man hier Dinge wie Umzug, Arbeitsplatzwechsel oder -aufgabe oder allein das Haus nicht mehr zu verlassen als schwerwiegende Beeinträchtigung an. Mit den Nerven völlig fertig zu sein oder Schlafstörungen finden hingegen keine Beachtung.

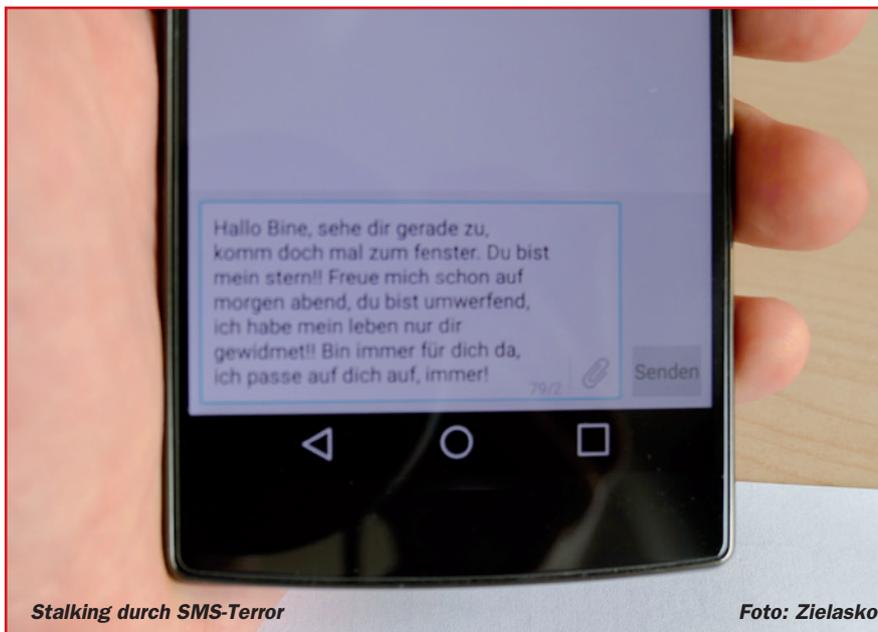
## Wenige Verurteilungen

Die klassischen Stalkingfolgen, also psychische Beschwerden, werden somit außer Acht gelassen. Diese hohen Hürden haben dazu geführt, dass die Verurteilungsquote bei Stalking bei rund zwei Prozent liegt. Bei der sons-



Foto: privat

**Die Autorin war selbst von Stalking betroffen. Sie ist Administratorin der Seite „[www.stalking-justiz.de](http://www.stalking-justiz.de)“ und unter anderem regelmäßige Referentin im Lehrgang „Häusliche Gewalt/Opferschutz“ im Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei (BPFI) in Ainning. Sie ist erreichbar unter der E-Mail-Adresse: [christine.doering@stalking-justiz.de](mailto:christine.doering@stalking-justiz.de)**



Stalking durch SMS-Terror

Foto: Zielasko

eine Kompromisslösung und deswegen als Erfolgsdelikt angelegt worden. Als Taterfolg legte man die schwerwiegende Beeinträchtigung der Lebensgestaltung fest. Ein Opfer muss also seine Lebensumstände nach außen hin deutlich ändern, damit die Handlungen des

tigen Kriminalität, ohne Verkehrsdelikte, ist die Verurteilungsquote etwa 15mal höher. Obwohl das Problem seit Jahren bekannt ist und sowohl 2012 die Mehrheit der Justizminister und im Jahr darauf die Mehrheit der Innenminister für eine Änderung in

ein Eignungsdelikt stimmten, hat sich bisher nichts getan. Anfang 2014 und zu Beginn dieses Jahres wurden in den Bundesrat Änderungsanträge durch den bayerischen Justizminister Winfried Bausback eingebracht und die Bloggerin Mary Scherpe überreichte Bundesjustizminister Heiko Maas sogar eine Petition mit über 80.000 Unterschriften, doch eine Änderung ist nach wie vor nicht in Sicht. Somit sind Polizei und Justiz mehr oder weniger die Hände gebunden, wenn sich Betroffene hilfesuchend an sie wenden.

## Schlafstörungen und Depressionen

Für Opfer bedeutet Stalking nicht nur, dass sie „genervt“ sind. Betroffene leiden extrem unter der Nachstellung. Wer von Stalking betroffen ist, muss sein gesamtes Leben an diese Situation anpassen, zahlreiche Sicherheitshinweise beachten und viele Einschränkungen hinnehmen.



Dazu kommen die psychischen Folgen, die das permanente Verfolgen und Belästigen bei den Betroffenen auslöst. Mit am häufigsten werden hier Schlafstörungen, Albträume, Panikattacken, Magenbeschwerden und Depressionen aufgezählt. Allerdings berichten viele Betroffene auch von Selbstmordgedanken und sogar Selbstmordversuchen.

Stalking ist, wie man sieht, wesentlich mehr als einfache Belästigung. Die Betroffenen fühlen sich wie Gefangene in ihrem eigenen Leben und haben kaum Möglichkeiten, sich zu wehren. Jeder Gang aus dem Haus wird zur Belastungsprobe, man geht zig verschiedene Wege, damit der Täter kein bestimmtes Muster verfolgen kann, man meidet bestimmte Orte ganz oder sucht sie nur noch mit Begleitung auf, um sich zu schützen. Einfach in einem Café oder einer Eisdiele zu sitzen ist für die meisten Betroffenen nicht mehr

der Täter und Täterinnen ab. Da bei den meisten Verstößen von Seiten der Justiz eher zaghaft durchgegriffen wird, wenn überhaupt, werden auch Täter, die verstoßen, nicht wirklich in ihre Grenzen gewiesen. Gekoppelt mit der fast nicht möglichen Strafverfolgung mit Hilfe des Nachstellungsparagraphen, fühlen sich Betroffene irgendwann nicht mehr ernst genommen und allein gelassen. Viele hören auf, den Täter anzuzeigen, da sie nicht mehr mit einem juristischen Erfolg rechnen, andere verzweifeln an den Kosten, die das zivilrechtliche Verfahren mit sich bringen kann.

### Keinen Kontakt zum Täter

Ein weiterer Punkt, der es für Betroffene sehr schwer macht, sich gegen einen Stalker zu wehren, ist, wenn es gemeinsame Kinder mit dem Täter gibt.



Foto: bildagentur-online.com/dpa

möglich. Man hält den ganzen Tag Ausschau, ob man den Täter irgendwo sieht. Zu Hause schließt man die Rolläden, damit der Täter nicht sieht, dass man zu Hause ist, jedes Telefonklingeln lässt einen panisch zusammenzucken und bei unbekannt Nummern traut man sich gar nicht mehr abzuheben. Das gewohnte Leben wird einem Stalkingopfer weggenommen, die Lebensqualität extrem eingeschränkt und trotzdem reicht es meistens nicht aus, um strafrechtlich irgendetwas zu erreichen.

Gewaltschutzanordnungen schrecken leider nur einen begrenzten Teil

In knapp 50 Prozent der Fälle handelt es sich bei Stalkern um den Ex-Partner und häufig gibt es gemeinsame Kinder und somit über das Sorge- oder Umgangsrecht immer einen Punkt, bei dem der Stalker eine Möglichkeit hat, an das Opfer heranzukommen und Druck auszuüben. Die oberste Regel bei Nachstellung lautet für die Betroffenen, dass sie jeden Kontakt zum Täter vermeiden sollen. Sobald gemeinsame Kinder existieren, ist dies praktisch nicht möglich.

Wie man sieht, ist Stalking ein großes Problem, das in der heutigen Gesellschaft dank Smartphone und In-

ternet immer mehr zunimmt. Man geht von einer Dunkelziffer von 600.000 bis 800.000 Betroffenen aus, allerdings sind die angezeigten Taten in Deutschland seit 2008 rückläufig. Dies liegt sicher nicht am Rückgang der Taten selbst, sondern eher an der Berichterstattung der Medien über Stalking. Einerseits ist es gut, dass die schlechte gesetzliche Lage regelmäßig thematisiert wird, andererseits schreckt dies natürlich auch Menschen ab, die davon ausgehen, dass man ihnen eh nicht helfen kann. In Beratungseinrichtungen ist nämlich kein Rückgang an Anfragen zu verzeichnen, im Gegenteil.

Man kann als Polizist nur versuchen, Betroffene zu ermutigen, immer wieder zu kommen, immer wieder Anzeige zu erstatten, auch wenn es zu Verfahrenseinstellungen kommt. Häufig dauert es eine ganze Weile, bis von Seiten der Justiz durchgegriffen wird, aber die Alternative, den Täter gewähren zu lassen, ist keine wirkliche Alternative. Es gibt wenige Fälle, bei denen ein Täter einfach so aufgehört hat, in aller Regel bedarf dies eines äußeren Einflusses.

Außerdem ist es unbedingt nötig, Betroffene in die Hilfesysteme vor Ort, also an Beratungsstellen, weiter zu verweisen. Die Betroffenen werden dort nicht nur beraten, sondern häufig auch gestärkt. Sie erfahren Unterstützung dabei, wie sie sich am besten verhalten können und haben meist auch einen Ansprechpartner, der ihnen hilft, mit Scham- und Schuldgefühlen umgehen zu können. Denn leider empfinden viele Opfer eine Schuld, weil sie zum Beispiel mit dem Täter eine Beziehung hatten oder auch Scham, weil sie Männer sind und von einer Frau terrorisiert werden.

Jedoch gibt es keine besseren oder schlechteren Opfer. Stalking beginnt da, wo ein Mensch klipp und klar gesagt hat, dass er in Ruhe gelassen werden möchte. Wenn jemand eine Grenze gezogen hat, dann ist es egal, ob der Täter ein Fremder ist, was in nicht mal zehn Prozent der Fälle vorkommt, oder ob man mit ihm oder ihr vorher in irgendeiner Beziehung stand. Die Entscheidung, sich über diese Grenze hinwegzusetzen, trifft der Täter allein und Opfer haben Hilfe und Schutz verdient. Denn, wenn Polizei und Justiz nicht helfen, wo sollen sich Betroffene noch hinwenden?





## Praxishandbuch Korruptionscontrolling

Die Autoren, selbstständige Unternehmensberater mit Lehraufträgen an Hochschulen in Deutschland und Österreich, haben sich die Aufgabe gestellt, eine umfassende Analyse dessen, was man landläufig unter Korruption versteht, vorzunehmen. Hauptsächlich mit Mitteln der Heuristik, also einem wissenschaftlichen Näherungsverfahren, beschränken sie den selbstauferlegten Fokus auf die Bereiche öffentliche und private Unternehmen, die gewinn- beziehungsweise nicht-gewinnorientiert tätig sind. Ziel des Buches ist die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur Einrichtung eines Korruptionscontrollings als Präventionsinstrument mittels dessen Korruptionsrisiken wirkungsvoll vorgebeugt werden kann.

Nach der Erläuterung der Fachbegriffe sowie der Darstellung einschlägiger deutscher und österreichischer Rechtsvorschriften in Kommentarform verdeutlichen die Autoren das Backstage-System der Korruption anhand des ökonomischen Prinzipal-



Klienten-Modells, das sich hierzu sehr gut eignet. Interessant ist auch das minutiös aufgearbeitete Beispiel eines Korruptionsfalls, der sich in den Jahren 1994 bis 1999 im Zollkriminalamt Köln zugetragen hatte, einschließlich der getroffenen Maßnahmen, damit

sich Entsprechendes künftig möglichst nicht mehr wiederholen kann. Im Mittelteil werden zahlreiche Formen von Korruption sowie deren Ursachen dargestellt, bevor sich die Autoren im eigentlichen „Herzstück“ der Korruptionsvermeidung in zahlreichen Facetten, einschließlich der hierzu erforderlichen Organe und Verfahren, widmen.

Als Fazit bleibt festzustellen, dass die im Buch verarbeiteten Erkenntnisse über Korruption und die darauf aufbauenden Möglichkeiten, diesen Moloch zu beseitigen beziehungsweise in seinem Entstehen überhaupt zu verhindern, bestens geeignet sind, jeden, der sich mit der Thematik ernsthaft beschäftigt, zu bereichern. Korruptionsermittler und -vorbeuger sollten das Praxishandbuch jedenfalls im Bücherregal stehen haben.

Hans Jürgen Marker

**Praxishandbuch Korruptionscontrolling: Konzepte – Prävention – Fallbeispiele, Dr. Jürgen Stierle, Dr. Helmut Siller, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co, 2014, 376 Seiten, 49,95 Euro, ISBN: 9783503136179**



Nr. 10 • 64. Jahrgang 2015 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/ Pressestelle**  
**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin**  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:** Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG**  
**DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 1. Januar 2015



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
177.069 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

Foto: Armin Weigel/dpa

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# VDP KALENDER-PROGRAMM 2016

## Bild-Wandkalender Polizei 2016

Format 30 x 40 cm  
Einzelpreis 13,90 €

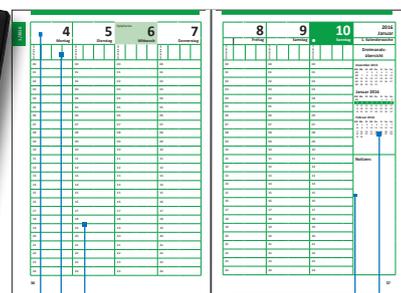
Der Wandkalender mit zwölf Motiven aus dem Polizeibereich. Mit Wire-O-Bindung und im Format 30 x 40 cm ausgestattet, ist er nicht nur für die Dienststelle ein wahres Schmuckstück, sondern ist in jedem Fall auch ein tolles Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel.



## Polizeiterminer 2016

Format 16,5 x 24 cm  
Einzelpreis 4,90 €

Der Terminer ist in seinem Aufbau und Inhalt speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten. Er ist übersichtlich gestaltet und durchgängig farbig. Ein hochwertiger Einband und die repräsentative Reliefprägung sorgen dafür, dass er überall einen bleibenden Eindruck hinterlässt. Dank der strapazierfähigen Fadenheftung bleibt der Terminer auch über lange Zeit sehr gut in Form.



24-Stunden-Planer  
Schichtdienst-Planer  
Alle Wochentage auf einen Blick  
Zusätzliches Feld für persönliche Notizen  
Dreimonatsübersicht

## Unser besonderes Angebot



Wandkalender



Polizeiterminer

Im Paket nur  
14,90 €!



Alle Preise zuzüglich 3,50 € Versandkosten. Ab Auftragswert von 50,00 € versandkostenfrei.  
Buchhandels-Bestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)



# KOOPERATION POLIZEIPRAXIS & INTERFIT FITNESS, WELLNESS & FREIZEIT

[www.interfit.de/polizeipraxis](http://www.interfit.de/polizeipraxis)

**Trainieren Sie mit POLIZEIPRAXIS  
und INTERFIT deutschlandweit  
mit nur 1 Mitgliedschaft!**

INTERFIT ist eine Plattform mit  
über 850 hochwertigen Partnern  
aus den Bereichen:

- Fitness
- Wellness
- Schwimmbäder
- Golfanlagen

Egal ob zu Hause, bei der  
Dienststelle oder unterwegs...  
Wir sind immer in Ihrer Nähe!



Alle Standorte und weitere  
Infos online auf:  
[www.interfit.de/polizeipraxis](http://www.interfit.de/polizeipraxis)

\* 34,90 € Eigenanteil.  
Gilt bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

**BIS 31.10.  
ANMELDEN!**  
**34,90€**  
pro Monat\*

Exklusiv-Angebot gültig  
bis 31.10.2015.



**INTERFIT**  
Fitness next door